

Diskursreihe | Dokumentation

VIELFALT – KULTURALISIERUNG – ETHNISIERUNG

IM KONTEXT VON MIGRATION UND ENTWICKLUNG



**Austrian
Development Agency**
The Operational Unit of the
Austrian Development Cooperation



komment

Diskursreihe | Dokumentation

VIELFALT – KULTURALISIERUNG – ETHNISIERUNG

IM KONTEXT VON MIGRATION UND ENTWICKLUNG

Zusammenfassung eines Diskurses im Rahmen des Projekts
„Vielfalt Global – Migration begreifen, Vielfalt leben, Entwicklung gestalten“

Wien, Dezember 2014

Das Interkulturelle Zentrum entwickelte die Dokumentation im Rahmen des Projekts „Vielfalt Global! Migration begreifen, Vielfalt leben, Entwicklung gestalten“, gefördert durch die Austrian Development Agency (ADA) aus Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

IMPRESSUM

Herausgeber & Medieninhaber:

Interkulturelles Zentrum, Lindengasse 41/10, 1070 Wien
01/586 75 44
iz@iz.or.at
www.iz.or.at

Redaktion: Franjo Steiner

Layout & Design: Grafik Fiala

Druck: druck.at

INHALTSVERZEICHNIS

Zur Entstehung der Broschüre –

Projekt „Vielfalt Glokal! Migration begreifen – VIELFALT erLEBEN – ENTWICKLUNG GESTALTEN!“	6
--	---

DISKURS 1

Diversität im politisch-strategischen Denken von Entwicklungs- und Integrationspolitik	7
---	---

Diaspora Engagement und EZA in Österreich – Input von Michael Fanizadeh (VIDC/CoMiDe)	8
---	---

Diskussionsbeiträge und Perspektiven.....	14
---	----

DISKURS 2

Interkulturelle Bildung – Globales Lernen

Inhaltliche Ansätze und theoretische Zugänge im Kontext von Migration und Bildung	19
---	----

Rassismuskritische Perspektive auf die Themen Bildung, Migration und Entwicklung (Auszüge aus dem Vortrag „Rassismus bildet“ von Paul Mecheril an der Universität Salzburg)	20
--	----

Vielfalt bereichert. Interkulturelles & Globales Lernen kritisch betrachtet rassismuskritischer Perspektive“ – Diskussionsbeiträge.....	24
--	----

Diskussionsbeiträge zu Globalem Lernen	27
--	----

DISKURS 3

Think global – Act local

Wie wirkt sich dieser Denkansatz in der kommunalen Integrationsarbeit aus?	29
--	----

Diskussionsbeiträge	32
---------------------------	----

DISKURS 4

Wir und nicht-wir

Kulturelle Identitätskonstruktionen & gesellschaftliche Repräsentationen	35
--	----

Beispiel 1, Costa Blanca, Migrationsströme um Intensiv-Agrarwirtschaft und PensionistInnen-Resorts	36
---	----

Diskussionsbeiträge	37
---------------------------	----

Beispiel 2, L’Aquila, G8-Gipfel in l’Aquila, Stadtinszenierung nach dem Erdbeben 2009	39
---	----

Diskussionsbeiträge	40
---------------------------	----

Teilnehmende Organisationen	42
-----------------------------------	----

ZUR ENTSTEHUNG DER BROSCHÜRE

PROJEKT „VIELFALT GLOKAL! MIGRATION BEGREIFEN – VIELFALT erLEBEN – ENTWICKLUNG GESTALTEN!“

Die zunehmende innerstaatliche als auch zwischenstaatliche Migration, die mit vielfältigen internationalen Verflechtungen als auch der immer schneller werdenden Globalisierung vieler Lebensbereiche und mit gegenwärtigen Krisen in Zusammenhang steht, hat weitreichende Auswirkungen auf die jeweilige Aufnahmegesellschaft.

In allen gesellschaftlichen Bereichen kommt der Verständigung über die Grenzen des eigenen Handlungssystems hinaus immer größere Bedeutung zu. Für ein gelingendes Zusammenwirken braucht es differenziertes Wissen übereinander und Klarheit über gemeinsame Anliegen.

Der Dialog ist eines der wichtigsten Instrumente der Kommunikation, besonders in einer Welt der Globalisierung und der Beschleunigung. Technische Hilfsmittel bieten viele Möglichkeiten in Kontakt zu treten, sich auszutauschen und zu vernetzen. Trotz all dem verliert der direkte Dialog zwischen AkteurInnen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik nicht an Bedeutung. Er ist notwendig, um ein Verständnis für die Strukturen und Prozesse der diversen Institutionen zu entwickeln, sie zu diskutieren und zum Teil auch zu hinterfragen, mit dem Ziel, eventuell gemeinsam Lösungen für Herausforderungen zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang veranstaltete das Interkulturelle Zentrum im Rahmen des Projekts „Vielfalt Global“ eine Diskursreihe, um einen Dialog zwischen unterschiedlichen AkteurInnen in den Bereichen Entwicklungspolitik und Integration zu ermöglichen und zugleich eine vielfältige Perspektive auf die Themen Diversität, Bildung, Migration und Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Zum Thema „**Diversität im politisch-strategischen Denken von Entwicklungs- und Integrationspolitik**“ waren dies ExpertInnen und AkteurInnen, die in unterschiedlicher Weise mit den Themen Integration, Interkultureller Bildung und Entwicklungspolitik aus befassen sind. Dieses Gespräch wurde in Kooperation mit VIDC (Vienna Institut for Dialog and Cooperation), einem Partner aus dem transnationalen Project CoMiDe – Initiative für Migration und Entwicklung, veranstaltet.

Das Thema „**Interkulturelle Bildung – Globales Lernen, inhaltliche Ansätze und theoretische Zugänge im Kontext von Migration und Bildung**“, wurde gemeinsam mit Komment (Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung) in Salzburg veranstaltet.

Das Thema „**Think global – Act local – Wie wirkt sich dieser Denkansatz in der kommunalen Integrationsarbeit aus?**“ wurde von AkteurInnen der kommunalen Integrationsarbeit, Kommunalpolitik und VertreterInnen von entwicklungspolitisch aktiven NGOs diskutiert.

Zur Diskussion des Themas „**Wir und nicht-wir – Kulturelle Identitätskonstruktionen & gesellschaftliche Repräsentationen**“ waren KünstlerInnen und ExpertInnen aus dem Bereich Kulturvermittlung eingeladen.

Die Themen wurden vom Setting her unterschiedlich bearbeitet. Während zur Diskussion über die Bildungsthematik öffentlich eingeladen wurde, waren an den anderen drei Diskursveranstaltungen jeweils ausgewählte ExpertInnen und AkteurInnen beteiligt.

Die vorliegende Publikation möchte die Themen, Diskursbeiträge und vielfältigen Meinungen und Perspektiven zusammenfassen und als weitere Diskussionsgrundlage zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang muss festgehalten werden, dass die Beiträge die Meinung der einzelnen Personen widerspiegeln und nicht die Meinung des Interkulturellen Zentrums bzw. der Austrian Development Agency, die das Projekt „Vielfalt global!“ gefördert hat, repräsentieren.

An dieser Stelle bedankt sich das Interkulturelle Zentrum bei den TeilnehmerInnen, die ihr Know-How, ihre Meinungen und Erfahrungen in die Diskussion eingebracht haben und damit einen wichtigen Beitrag zur Thematisierung wichtiger Anliegen rund um Migration und Vielfalt geleistet haben.

Das Interkulturelle Zentrum wünscht den LeserInnen eine spannende Lektüre.

DIVERSITÄT IM POLITISCH-STRATEGISCHEN DENKEN VON ENTWICKLUNGS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

In der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit nehmen MigrantInnen und Diaspora-Organisationen zunehmend einen zentralen Stellenwert ein (z.B. als AkteurInnen von lokalen und internationalen Projekten, global remittances etc.). Zugleich stehen auch die Berührungspunkte mit Integrationspolitik und Integrationsarbeit immer öfter zur Diskussion und werfen die Frage auf, welche thematischen Überschneidungen sich zwischen diesen beiden Bereichen ergeben und welche Formen von Zusammenwirken möglich sind und notwendig wären, um gemeinsam Entwicklungen voranzutreiben.

Dies bedeutet, dass sich auch vermehrt entwicklungspolitische AkteurInnen und MitarbeiterInnen von Diasporaorganisationen mit interkulturellen Fragestellungen auseinandersetzen. Für AkteurInnen des Integrationsbereiches ist wiederum die Beschäftigung mit globalen Entwicklungen und Zusammenhängen von großer Bedeutung.

Diesen Schnittpunkt von Migration, Integration und Entwicklung gilt es noch genau zu analysieren und mögliche Anknüpfungspunkte in der Integrationsarbeit und Entwicklungspolitik zu reflektieren.

Im Rahmen der ersten Diskursveranstaltung stellte das Interkulturelle Zentrum diese Fragestellungen in den Mittelpunkt der Diskussion und ermöglichte einen regen Austausch zwischen ExpertInnen aus dem Bereich der Entwicklungspolitik und der Integrationsarbeit. Den fachlichen Input lieferte Michael Fanizadeh vom VIDC/Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Österreich).

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit CoMiDe durchgeführt.¹

DISKURS 1

DIASPORA ENGAGEMENT UND EZA IN ÖSTERREICH

Input von Michael Fanizadeh (VIDC/CoMiDe)

ZUM BEGRIFF „DIASPORA“

Der Begriff „Diaspora“ ist in der politischen Szene Österreichs relativ neu. Er verweist auf eine Selbst- und Fremdzuschreibung von migrantischen Gruppen, die ein politisches, kulturelles, ökonomisches oder soziales Interesse auf ihr jeweiliges Herkunftsland oder das der Eltern oder Großeltern vereint. „Diaspora bezieht sich im heutigen akademischen und journalistischen Sprachgebrauch häufig auf transstaatliche Netzwerke, Gruppen und Gemeinschaften, die in einer oft nicht näher bestimmten Weise mit der Herkunftsregion bzw. dem Herkunftsland transnationaler Migranten verbunden sind“ (Sieveking/Fauser/Faist 2008:9f).

Der Begriff „Diaspora“ verweist in diesem Sinne auf kollektive Zusammenschlüsse, auf Gruppen von ZuwanderInnen, die in Beziehung mit den jeweiligen Herkunftsregion oder -staaten stehen; und dies unabhängig davon, ob sie eine unverwechselbare kollektive Identität und eine eigenständige Organisationsform besitzen oder nicht (Weinar 2010:75). Das ist insbesondere deshalb bedeutsam, da oftmals eine einheitliche kulturelle Homogenität von MigrantInnen aus einem spezifischen Land behauptet wird, wobei diese MigrantInnengruppen jedoch meistens durch vielfältige soziale, politische, ökonomische und kulturelle Unterschiede geprägt sind, die sich auch in der jeweiligen Organisationslandschaft einer Community wieder spiegeln (Sieveking/Fauser/Faist 2008:9f).

Michael Fanizadeh macht deutlich, dass Homogenisierungsversuche der migrantischen Communities aus oben genannten Gründen sehr problematisch sind, gerade wenn sie von außen an die Communities heran getragen werden. Fanizadeh selbst verwendet den Begriff „Diaspora“ im Sinne einer Selbstbezeichnung derjenigen migrantischen Organisationen und Gruppen, die sich im

entwicklungspolitischen Kontext bewegen und/oder sich bei ihren Tätigkeiten sehr stark auf ihr jeweiliges Herkunftsland beziehen. Ihm geht es darum aufzuzeigen, dass Diaspora-Organisationen und Einzelpersonen eine entwicklungspolitische Relevanz haben können.

DIASPORA INITIATIVEN IN ÖSTERREICH

Die meisten der entwicklungspolitisch engagierten AkteurInnen aus den Diasporas in Österreich werden kaum in der EZA-Szene wahrgenommen. Das liegt einerseits daran, dass Diaspora-Organisationen sehr oft nur informell organisiert sind bzw. sich nur schwach institutionalisiert haben. Sie leisten vor allem ehrenamtliche Tätigkeiten und haben nur geringe Ressourcen für Marketing und Lobbying zur Verfügung. Trotzdem erbringen sie individuelle und kollektive Rücküberweisungen in ihre Herkunftsländer und unterstützen damit private Gesundheitsversorgung, Bildung und weitere vergleichbare Leistungen der EZA.

Die Anzahl und Größe dieser Initiativen lassen sich in Österreich, aber auch global, kaum erfassen. Die US-amerikanischen Wissenschaftler Manuel Orozco und Eugenia Garcia-Zanello kommen zu dem Schluss, dass es große Unterschiede bei den EinwanderInnen-Gruppen gibt und dass die Zahlen von Staat zu Staat stark variieren. Am Beispiel der Ghanaischen Community zeigen sie, dass 52% der GhanaerInnen in den Niederlanden in sogenannten „Home Town Associations“ (HTA) organisiert sind, aber nur 37% der GhanaerInnen in Deutschland einer HTA angehören (Orozco/Garcia-Zanello 2009:2).² Die Zahlen erscheinen relativ hoch gegriffen, aber entsprechen durchaus den persönlichen Einschätzungen von AktivistInnen der Diaspora-Organisationen und reflektieren, dass diese vor

allem Netzwerke in den Aufnahmegesellschaften darstellen. Diese Netzwerke bilden sich zunächst im Privaten, im Familien- bzw. Freundeskreis, auch um das Leben im neuen Zuwanderungsland zu organisieren und abzusichern.

REMITTANCES

Der Einfluss der Diaspora-Organisationen auf die Entwicklungen in ihren jeweiligen Herkunftsländern (oder jener der Eltern oder z.B. der Großeltern) ist schwer einzuschätzen. Zumeist wird in der Diskussion darüber auf die Rücküberweisungen (Remittances) von MigrantInnen in ihre Herkunftsländer verwiesen: Im Zeitraum von 2000 bis 2012 haben sich die Remittances beinahe verdreifacht und belaufen sich nun auf 514 Milliarden Dollar³. Zum Vergleich: 2011 wurden weltweit nur 133 Milliarden Dollar⁴ für Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe (ODA) aufgewendet. In diesen Statistiken werden nur Zahlungen erfasst, die offiziell transferiert und somit formell geleistet werden. Wie viele dieser Rücküberweisungen von Diaspora-Gruppen dann wirklich zur Unterstützung von sozialen, menschenrechtlichen oder bildungspolitischen Initiativen ausgegeben werden, lässt sich kaum erfassen, da viele dieser Projekte, wie bereits erwähnt, als Privatinitiativen eben nur informell organisiert sind.

BEISPIELE FÜR DIASPORA INITIATIVEN IN ÖSTERREICH

Barka Barka wurde 2009 als Verein angemeldet, um Hilfsprojekte in der Provinz Ioba in Burkina Faso zu forcieren. Koordiniert wird Barka Barka von einer Person, die selbst aus Burkina Faso stammt und ihre persönlichen Kontakte und ihr Wissen in die Initiative einfließen lässt. Momentan realisiert Barka Barka zwei Projekte: Einerseits unterstützt der Verein Kinder in einer Schule in Foroteon (Ioba Provinz) bei der Aufbringung von Schulausrüstung und Schulgebühren sowie bei

der Gesundheitsvorsorge in Bezug auf Malaria. Andererseits fördert Barka Barka 72 Frauen in Foroteon bei der Produktion von Shea-Butter, die traditionell von Frauen in aufwendiger Handarbeit produziert wird >>> uio.at

Landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte in Liberia.

Ein weiteres Beispiel für eine Privatinitiative sind die Projekte zur landwirtschaftlichen Entwicklung in Liberia durch eine Person, die in Liberia geboren wurde und seit 1985 in Österreich lebt und als Agrarökonom arbeitet. Seit 2009 führt er auf Eigeninitiative Entwicklungsprojekte in Liberia durch, die er mit eigenen Mitteln und Spenden finanziert. Der Hintergrund für seine Projekte bildet der langjährige Bürgerkrieg in Liberia, der nicht nur die Landwirtschaft zerstört hat, sondern auch einen hohen Blutzoll unter den Bauern, die in den Dörfern gelebt haben, gefordert hat: „Die Dörfer sind fast total zerstört worden, die meisten jungen Menschen haben keine Ahnung von nachhaltiger und ertragreicher Bewirtschaftung, denn sie waren Kindersoldaten. Meine Projekte haben zum Ziel, den jungen Leuten einen praktischen Umgang mit Arbeitsgeräten statt mit Waffen zu ermöglichen. Mit einem Ab-Hof-Verkaufssystem von landwirtschaftlichen Produkten sollen die Dörfer erneuert werden. Mit den Projekten wird eine Rückwanderung der jungen Menschen ermöglicht. Das Projektziel „Dorferneuerung“ wird langsam aber nachhaltig erreicht“ (Imarhiagbe 2012).

Afrika Vernetzungsplattform. Am sichtbarsten für die entwicklungspolitische Szene in Österreich sind die Aktivitäten der Afrika Vernetzungsplattform (AVP/<http://www.afrikaplattform.at/>). Die Plattform tritt als einer der sehr wenigen Diaspora-Organisationen auch als selbstbewusster Akteur in der EZA auf und organisierte beispielsweise zusammen mit anderen NGO-Partnern das erste österreichische Forum zu Migration & Entwicklung im März 2013. Ziel des Forums war es, ein besseres Verständnis zwischen entwicklungspolitischen Organisationen und Diaspora Communities

herzustellen sowie Kooperationen im Bereich von Migration und Entwicklung zu ermutigen. An der Konferenz nahmen neben österreichischen NGOs und Diasporas auch Mitglieder der europaweiten Africa-Europe Plattform (AEP) für afrikanische Diaspora-Organisationen teil, um Wege und Möglichkeiten für die Partizipation von Diaspora-Organisationen als Entwicklungsakteure aufzuzeigen und voranzutreiben.

Im Jahr 2010 startete die AVP gemeinsam mit der ADA, der Agentur Grayling sowie dem Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) eine gemeinsame Kampagne anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika. Unter dem Titel „Ke Nako Afrika – Afrika Jetzt! Eine Initiative für ein vielfältiges Bild Afrikas“ wurden in Österreich eine Vielzahl an öffentlichkeitswirksamen Events durchgeführt, wobei Afrika und seine BewohnerInnen jenseits von Hunger, Krieg, Katastrophen und Korruption als kreativ, kulturell vielfältig und modern präsentiert wurden. Das Projekt wurde in der Folge mit dem Österreichischen Staatspreis für Public Relations 2010 ausgezeichnet.

Im Kontext von Migration und Entwicklung ist es wichtig festzuhalten, dass mit der Afrika Vernetzungsplattform erstmals eine Diaspora-Organisation als gleichberechtigter Partner von EZA-Organisationen bei einem größeren entwicklungspolitischen Projekt in Österreich aufgetreten – und bis heute als förderungswürdiger Akteur der Entwicklungszusammenarbeit erhalten geblieben ist.

UNSICHTBARES ENGAGEMENT DER DIASPORA IN ÖSTERREICH

Oftmals bleibt das Engagement der Diaspora-Communities vor der Öffentlichkeit verborgen. Dashat auch damit zu tun, dass dieser Einsatz manchmal als Hinweis auf „Desintegration“ verstanden wird. Dies steht zwar im Widerspruch zu neueren Trends in der Migrationsforschung, doch die

Integrationsdebatte überlagert auch den entwicklungspolitischen Diskurs rund um das Engagement von Diaspora-Organisationen.

Auch in der Österreichischen Debatte wird der vermeintliche Widerspruch von Integration und entwicklungspolitischen Engagement und somit die Inkohärenz zwischen Entwicklungs- und Integrationspolitik sichtbar. Ein Beispiel mit Bezug auf die bosnisch-herzegowinische Diaspora in Österreich kann das verdeutlichen. Bosnien & Herzegowina ist 15 Jahre nach dem Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien ein Schwerpunktland der staatlichen österreichischen EZA. Dass und wie Diaspora-Organisationen und Einzelpersonen hier einen positiven Beitrag im ökonomischen aber auch im sozialen und politischen Sinne leisten können, wurde bereits diskutiert. Die österreichische Integrationspolitik sieht darin jedoch ein Loyalitätsproblem, welches der damalige Integrationsstaatssekretär und heutige Außenminister Sebastian Kurz anlässlich eines Staatsbesuchs im Jahr 2011 in Bosnien & Herzegowina zum Ausdruck brachte. Er kritisierte, dass die bosnisch-herzegowinischen MigrantInnen in Österreich jedes Jahr 51 Millionen Euro an Remittances nach Bosnien & Herzegowina überweisen. Kurz „gereicht das nicht zur Freude. Er könne diese Transfers nicht gutheißen. Es wäre besser, sagt er, wenn sich die bosnisch-stämmigen MigrantInnen eine Eigentumswohnung in der neuen Heimat kauften, anstatt ein Haus zu bauen in der alten. „Das wäre uns Österreichern gegenüber loyaler“ (Die Presse, 8.10.2011).

DIASPORAS UND ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZA)

MigrantInnen sind in den professionellen Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Durchführung von offiziellen und staatlich sowie privat geförderten Entwicklungsprojekten unterrepräsentiert. Zudem werden die oftmals ehrenamtlichen Leistungen von der entwicklungspoliti-

schen Szene nicht wahrgenommen und dementsprechend auch nicht gefördert. Dies führt und führte zur Verbitterung vieler Diaspora-Organisationen und -Initiativen, die sich mit ihrem Know-how in der österreichischen EZA-Landschaft nicht ernst genommen und schon gar nicht ausreichend unterstützt fühlen. Das gilt für die offizielle EZA genauso wie für die entwicklungspolitischen NGOs, die durchaus im Zentrum der Kritik der Diasporas stehen.

Der Agrarökonom Festus Imarhiagbe stellt beispielsweise fest, dass die Fähigkeiten und das Potential der AfrikanerInnen nicht wirklich erkannt und schon gar nicht optimal gefördert werden (Imarhiagbe 2012). Auch seine Erfahrungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit österreichischen NGOs sind negativ: „Meine Erfahrungen stammen aus den 90er Jahren und die waren eher negativ. Ich hatte damals vermittelt bekommen, dass du nur als ÖsterreicherIn oder als KatholikIn für eine mögliche Projektkooperation (auch in Afrika) in Betracht gezogen wirst.“ (ebd.)

Für Irène Hochauer-Kpoda vom Verein Barka Barka gibt es zu wenig Vernetzung und Vertrauen zwischen EZA und Diaspora-Organisationen: „Es gibt tatsächlich einen blinden Fleck bei den gut etablierten EZA-Organisationen, die über Strukturen, Kompetenzen, Erfahrungen und finanzielle Möglichkeiten verfügen. Diese Organisationen haben kaum etwas mit den in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen MigrantInnen-Organisationen zu tun – die selten Unterstützung bekommen, aber trotz aller Schwierigkeiten viele Projekte in Afrika und anderen sogenannten Entwicklungsländern durchführen.“ (Hochauer-Kpoda 2013)

AktivistInnen, wie der Leiter des Chiala Afrika Zentrums in Graz, Kamdem Mou Poh à Hom, fordern daher eine Veränderung und die Einbindung von Diaspora-Organisation bei der Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten: „Schon in der Anfangsphase wollen wir mitgenommen werden. Menschen mit Migrationshintergrund würden eine

neue Dynamik in die Entwicklungszusammenarbeit hineinbringen. Wenn wir viel mehr Menschen haben, die mitmachen und entscheiden, dann entstehen neue Konzepte, die sicher tragbarer sind als die von jetzt.“ (Ngo Tam/Joschika 2012:26)

Doch die offizielle Entwicklungspolitik in Österreich sucht die Kooperation mit Diaspora-Organisationen noch nicht sehr häufig. Im aktuellen „Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013 – 2015“ des BMEIA kommen Diaspora-Organisationen als mögliche AkteurInnen der EZA beispielsweise nicht vor. Überhaupt gibt es im Programm lediglich Verweise auf den Zusammenhang von Migration und Entwicklung im Kontext von „Unsicherheit und Fragilität“. Diese seien weltweit die größten Entwicklungshemmnisse und würden unter anderem Migrationsströme erzeugen, „die durch wirksames entwicklungspolitisches Engagement gemindert werden können“. (BMEIA 2013:26)

MIGRATIONSSTEUERUNG UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZA)

Im Zentrum der aktuellen politischen Diskussion um Migration steht die Annahme, dass diese steuerbar sei. Die Idee der Lenkung von Migration durch europäische Politiken geht Hand in Hand mit der Bekämpfung von „irregulärer“ Migration durch die EU und ihren Institutionen sowie den europäischen Mitgliedsstaaten. Damit verbunden ist auch die Durchsetzung von Abschiebungen bzw. von (erzwungenen) Rückführungen unerwünschter MigrantInnen in ihre Herkunftsländer (McGauran 2010:127), wobei MigrationsforscherInnen darauf hinweisen, dass egal wie scharf die EU-Außengrenzen auch bewacht werden, dies die Migration nach Europa nicht nachhaltig reduzieren wird. Es würden sich lediglich die Wanderungsrouten verlagern (Angenendt 2012:11). Nichtsdestotrotz versucht die europäische Politik mittels Anreizsystemen wie der Blue Card für hochqualifizierte Arbeitssuchende

und durch repressive Grenzregimes und Abschiebepolitik Migration nach Europa zu steuern, „und zwar nach wirtschaftlichen Kriterien, unter deren Maßgabe die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum gestärkt werden sollen: Insofern wird Migrationspolitik zunehmend mit Entwicklungspolitik getaktet“ (Bojadžijev 2009).

Die Europäische Union hat die Verbindung von Migration und Entwicklungspolitik im Global Approach to Migration (ab 2005) beschrieben. Grundsätzlich geht es der EU darum, die positiven Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung der Partnerländer zu maximieren, bei gleichzeitiger Begrenzung der negativen Folgen durch Migration (European Commission 2011:2). Dieser Gesamtansatz zur Frage der Migration soll eine Verbindung von migrations- und entwicklungspolitischen Aspekten gewährleisten (Angenendt 2012:7). Dabei sollen die Partnerländer besser darüber informiert werden, inwieweit „Entwicklungshilfe-Finanzmittel für migrationsbezogene Initiativen“ vorgesehen werden können (Europäische Kommission 2011:23). Umgesetzt werden soll der „Gesamtansatz für Migration“ durch sogenannte Mobilitätspartnerschaften, das sind Rahmenverträge zwischen EU und einem Partnerland außerhalb der EU (Angenendt 2012:7). Im Kern sollen durch diese Partnerschaften jene Länder unterstützt werden, „die illegale Wanderungen aus ihrem Staatsgebiet einschränken, Grenzkontrollen verbessern und erfolgreich gegen Dokumenten- und Visafälschung vorgehen“ (ebd.:16). Daher befürchtet der europäische NGO-Zusammenschluss CONCORD (Confederation for Relief and Development) als Folge des EU Global Approach to Migration, dass die Priorität der EU-Migrationspolitik auf den einseitigen wirtschaftlichen Interessen der EU ausgerichtet ist, einschließlich der Steuerung der Migrationsströme, anstatt die Menschenrechte zu schützen und die Entwicklungsländer zu unterstützen (CONCORD 2011:60-61).

Die Debatte um die Verschränkung von Migration und Entwicklung hat auch in Österreich Einzug gehalten. Bereits im Jahr 2000 formulierte

die damalige österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner den Anspruch mittels Armutsbekämpfung Migration zu begrenzen: „Mit gezielter Armutsbekämpfung können wir Konflikte vermeiden und die Zerstörung unserer Umwelt stoppen. Viele Menschen erhalten durch Entwicklungshilfeprojekte eine neue Lebensgrundlage, was Flüchtlingsbewegungen und Wirtschaftsmigration verringert.“ (APA-OTS: 27.9.2000)

Seitdem ist das Thema Migration und Entwicklung mehr oder weniger in der entwicklungspolitischen Diskussion präsent, ohne aber Eingang in die Programmgestaltung der offiziellen EZA in Österreich zu finden.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat die Debatte dann wieder Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner verstärkt. In einem Interview mit den Oberösterreichischen Nachrichten (26. März 2012) forderte sie, Entwicklungshilfe vornehmlich in jene Länder fließen zu lassen, aus denen viele Flüchtlinge nach Österreich kommen: „Es macht Sinn, in diesen Ländern wirtschaftliche und entwicklungspolitische Initiativen zu setzen, um die Migrationsströme zu dämpfen. Unter anderem betreffen das Afghanistan, Pakistan und Somalia. Zudem halte ich es für sinnvoll, die Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rückübernahme abgelehnter Asylwerber zu koppeln.“

Die Replik auf Innenministerin Mikl-Leitner durch die entwicklungspolitische Szene in Österreich fiel dementsprechend geharnischt aus. Die damalige Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung, Petra Navarra-Unterluggauer (2012), formulierte die Kritik im Namen der Szene und nannte „das Ansinnen der Frau Innenministerin befremdlich und letztlich nur populistisch“. Der implizierte Verweis auf die Schwerpunktländer der OEZA durch Mikl-Leitner vergegenständlicht allerdings auch eine Schwäche der Entwicklungspolitik in Österreich: Will man das Engagement von Diaspora-AkteurInnen anerkennen oder gar kooperieren – so Fanizadeh,

müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden, die der Dynamik von Migration in einer globalisierten Welt Rechnung tragen.

EIN BLICK ÜBER DEN ÖSTERREICHISCHEN TELLERRAND

In anderen europäischen Ländern ist durchaus ein Trend zur Anerkennung von D-E spürbar/wahrnehmbar. Aus der Sicht Fanizadehs haben europäische Staaten wie beispielsweise Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, die Niederlande oder die Schweiz das Potenzial der MigrantInnen für die Entwicklungspolitik erkannt und (sehr unterschiedliche) Förderstrukturen für Diaspora-Organisationen geschaffen.

Als eine der ersten migrantischen Communities wurde in Frankreich beispielsweise Migration et Développement tätig, eine Diaspora-Organisation von MigrantInnen aus Marokko in Frankreich, die Entwicklungsprojekte in Marokko und Frankreich durchführt und mittlerweile auch von der französischen Entwicklungszusammenarbeit als Partner anerkannt ist. (Keusch/Schuster 2012:48-49)

Auch in anderen europäischen Ländern sind afrikanische Diaspora-Organisationen aktiv. Europaweit haben sich einige mittlerweile zur Africa-Europe Plattform zusammengeschlossen, um den gemeinsamen Anliegen besser Gehör zu verschaffen und sich zu vernetzen. Auch die Europäische Kommission anerkennt und fördert diese Vernetzung der afrikanischen Diaspora-Organisationen, was scheinbar im Widerspruch zum postulierten Anspruch auf Migrationssteuerung steht. Die EU anerkennt hiermit jedoch lediglich die Realität der europäischen Gesellschaften als „multikulturell“, bei der die EinwanderInnen eine spezielle Rolle im Kontext von Migration und Entwicklung einnehmen.

Aus Österreich ist die Afrika Vernetzungsplattform Mitglied bei der Plattform, zu der auch die britische African Foundation for Development – AFFORD ge-

hört. AFFORD wurde bereits 1994 gegründet, um auf die Trennung von Mainstream- Entwicklungspolitik und Diaspora-Engagement zu reagieren.

Gibril Faal, der Vorsitzende von AFFORD, hat bei seiner Rede beim bereits erwähnten Forum Migration und Entwicklung im März 2013 das Selbstbewusstsein der Diaspora-Organisationen herausgestrichen: „Indeed migrants and diasporas are uniquely positioned, both as actors and factors in international development and deserve a central role, in development dialogues and deliberations. In the twenty first century no one can claim ignorance of the enormous diaspora contributions in terms of finance, skills, enterprise and passion to international development. Truly there is an awakening to the nexus between migration, diasporas and development“.

Die österreichische EZA hat das Thema „Migration und Entwicklung“ zwar diskursiv „entdeckt“, so Fanizadeh, es lassen sich allerdings kaum Entsprechungen in den offiziellen Programmen und Politiken finden. Eigene Förderstrukturen, die auf die speziellen Bedürfnisse der Diaspora-Organisationen ausgerichtet sind, gibt es in der österreichischen EZA nicht. Inwiefern die EU-Politik der Verknüpfung von Migration und Entwicklung unter der Prämisse der Migrationssteuerung auch in der österreichischen EZA nachvollzogen wird, bleibt abzuwarten.

Michael Fanizadeh ist Politologe und arbeitet seit 1997 am VIDC. Dort ist er für die Bereiche Migration & Entwicklung, Menschenrechte und Antirassismus verantwortlich.

Die Langfassung dieses Beitrags ist nachzulesen in: Michael Fanizadeh: Diaspora-Engagement und EZA in Österreich. In: Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Albert Kraler, Wolfram Manzenreiter (Hg.): Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven, Wien 2014, S. 243 – 258

DISKUSSIONSBEITRÄGE UND PERSPEKTIVEN

Die nachfolgenden **Auszüge aus der Diskussion** stellen Sichtweisen der DiskursteilnehmerInnen zu für sie interessanten und wichtigen Themen dar, die sie einer gemeinsamen Betrachtung von „Migration & Entwicklung“ thematisch zuordnen würden. Die dargestellten Beiträge sind bewusst nicht einzelnen TeilnehmerInnen zugeordnet, sondern sollen den thematischen Bogen der Diskussion veranschaulichen und die verschiedenen Perspektiven deutlich machen.

Der Begriff Kohärenz wurde in der Diskussion hauptsächlich in Bezug auf die – in beiden Themenbereichen involvierte – AkteurInnen auf Ebene der NGOs diskutiert.

ZUM BEGRIFF DIASPORA

Im Rahmen der Diskursveranstaltung wurde der Begriff „Diaspora“ kritisch betrachtet. Die TeilnehmerInnen überlegten, ob im Kontext der Integrationsdebatte dieser Begriff überhaupt funktioniert und sinnvoll ist. Er ist hilfreich dabei, eine Abgrenzung zu schaffen, zwischen denjenigen migrantischen Organisationen, die sich mit integrationspolitischen Maßnahmen beschäftigen – also Einfluss zu nehmen versuchen auf das Leben im Aufnahmeland – und jenen, die sich noch für ihre Herkunftsländer interessieren und diesbezüglich auch Aktivitäten setzen. Ob diese Begrifflichkeit funktioniert, kann durchaus in Frage gestellt werden, weil immer mehr festgestellt wird, dass sich sehr viele für beides interessieren. Sehr viele Gruppen sind in Vereinen engagiert, um hier in Österreich politischen Einfluss zu nehmen, haben aber auch noch Interesse am Heimatland. Möglicherweise wird mit dem Begriff „Diaspora“ etwas problematisiert, was für Personen mit Migrationserfahrung überhaupt keinen Widerspruch bzw. Gegensatz darstellt.

Die Arten der Unterstützungsleistungen in den Herkunftsländern sind vielfältiger Art: Unterstützung privater Initiativen in den Herkunftsländern, Einsetzen des in den Aufnahmeländern erworbenen Wissens, z. B. in der wirtschaftlichen Produktion oder die Vernetzung von Organisation Hier und Dort, um gemeinsam an relevanten Themen zu arbeiten.

WIDERSPRÜCHLICHE SICHT

Wenn MigrantInnen sich in der Entwicklungspolitik engagieren, kann das aus Sicht der Integrationspolitik auch problematisch sein. Bei dieser Diskussion wird oft der Geldfluss zurück in die Herkunftsländer thematisiert (siehe Statement des damaligen Integrationsstaatssekretärs Sebastian Kurz anlässlich eines Staatsbesuchs 2011 in Bosnien & Herzegowina) und Rücküberweisungen als ein Kapital betrachtet, das besser zur Etablierung hier im Aufnahmeland eingesetzt werden sollte. Andererseits wird in der österreichischen Politik in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit generell die Meinung vertreten (siehe Statement Innenministerin Mikl Leitner in den Oberösterreichischen Nachrichten, 26. März 2012), dass das Setzen von **entwicklungspolitische Initiativen** auch deshalb Sinn macht, weil dadurch MigrantInnenströme gedämpft werden könnten.

Neben vielen positiven Effekten von Rücküberweisungen und damit verbundenen Investitionen in den Herkunftsländern wird von einigen TeilnehmerInnen jedoch auch angemerkt, dass ständige Hilfe „von außen“ auch zu einem „Verharren“ bzw. einer Art Demotivation führen kann, selbst initiativ zu werden und notwendige Veränderungen in den Herkunftsländern selbst in die Hand zu nehmen.

Möglicherweise können Rücküberweisungen als Zeichen einer Art erworbenen Wohlstands in den Migrationsdestinationen, in den Herkunftsländern

auch Migration auslösen. Diesbezüglich gibt es scheinbar unterschiedliche Annahmen und Wahrnehmungen.

Generell kann man jedoch sagen, dass das Engagement der Diaspora Organisationen oft unsichtbar ist, was eine Reihe von Gründen haben kann (Ehrenamtlichkeit, Größe der Organisationen, Strukturen, die keine Fördergeld-Administration ermöglichen und möglicherweise auch Druck bezüglich Loyalität bzw. Illoyalität).

In der Diskussion um Aktivitäten der Diaspora ist im Besonderen auch darauf zu achten, keine kollektiven Handlungsmuster von Handlungen einzelner Individuen, die die unterschiedlichsten Gründe haben können, abzuleiten. Dieser Art von kulturalisierender Sichtweise, das Verhalten Einzelner in einen großen, strukturellen Zusammenhang zu stellen, könnte man durchaus rassistische Züge unterstellen.

Ein weiterer beachtenswerter Aspekt in Bezug auf die Verwendung des Diasporabegriffs im Kontext der Integrationsdebatte ist die Tatsache, dass die 2., 3. oder sogar 4. Generation von MigrantInnen zum Teil keine oder eher vage Beziehungen zu ihrem Herkunftsland haben, der Diasporabegriff jedoch immer einen starken Bezug zum Herkunftsland suggeriert.

AUSRICHTUNG DER ENTWICKLUNGSPOLITIK/ ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Verflechtung von Wirtschaftsinteressen und Entwicklungszusammenarbeit

Gründe, warum die österreichische Entwicklungszusammenarbeit den Fokus auf bestimmte Schwerpunktregionen setzt, sind oft nur aus wirtschaftspolitischer Sicht zu verstehen. Dies wird von den TeilnehmerInnen am Beispiel des Rückzugs der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Ex-Jugoslawien und der neuen Schwerpunktsetzung zum Südkaukasus diskutiert. Dieser Wechsel ist für den Großteil der TeilnehmerInnen hauptsächlich durch wirtschaftliche Interessenslagen erklärbar.

Verflechtung von Migrationssteuerung und Entwicklungszusammenarbeit

Im Europäischen Kontext spielt die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auch eine Rolle im vorherrschenden Glauben, Migration lenken und steuern zu können. (Siehe „The global approach to migration“, 2005). Einerseits geht es dabei darum, die positiven Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung der Partnerländer zu maximieren, und gleichzeitig die negativen Folgen von Migration für diese Länder zu begrenzen. Der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik wird dabei eine Rolle zugeordnet, die mithelfen soll, diesen Steuerungsprozess zu ermöglichen. So werden im Rahmen von Mobilitätspartnerschaften Rahmenverträge zwischen Ländern der EU und Ländern außerhalb der EU abgeschlossen, in denen sich diese Länder verpflichten, einen Teil der Migrationssteuerung zu übernehmen und Maßnahmen gegen illegale Migration zu setzen. Als quasi Gegenleistung bekommen diese Länder dann „incentives“ in Form entwicklungspolitischer Zuwendungen.

AUSBLICK – MIGRATION & ENTWICKLUNG

Ist-Situation

Die DiskussionsteilnehmerInnen arbeiten in verschiedenen Bereichen, deren Arbeitsfelder operativ unterschiedlich sind, deren Arbeitsrealitäten relativ unterschiedlich sind und wo sich Institutionen mit einer bestimmten Theorie- und Forschungstradition herausgebildet haben. Ein Zusammenwirken dieser beiden Bereiche kann – so der Tenor der Diskussion – kann nur über das Identifizieren von thematischen Überschneidungen funktionieren, deren gemeinsame Bearbeitung für beide Seiten Nutzen bringt und – auch da war man sich einig, keine neue Disziplin hervorbringen darf.

Mögliche Ansätze

Interessante Zusammenhänge, die hoch relevant sind, gibt es in vielen Tätigkeitsbereichen der

TeilnehmerInnen. Deshalb sind folgende Fragen zu stellen bzw. zu beantworten: Wie lassen sich diese Zusammenhänge thematisch eingrenzen? Wo macht es Sinn zu fokussieren und welche Vernetzungsstrukturen erscheinen möglich, denkbar und vor allem sinnvoll?

Die Frage, die sich hier stellt ist nicht, kohärente Felder herzustellen. Spannender wäre – so die DiskussionsteilnehmerInnen - ob ein gemeinsamer Blick auf den Gegenstand gefunden werden kann, der es ermöglicht, an anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu arbeiten, wie etwa die Auswirkungen der derzeitige Weltwirtschaftskrise und die immer sichtbarer werdende Armut in den Zentren unserer Städte. Wichtig dabei ist die Frage, wo positioniere wir uns als NGOs, welche Positionen nehmen wir als NGOs ein, die wir in diesen Bereichen arbeiten?

Eine zielführende Art des Zusammenwirkens der beiden Bereiche wäre eher ein Kampanisieren auf Basis eines gewählten gemeinsamen Themas (Gegenstandes), z.B. der Auswirkungen Weltwirtschaftskrise und erforderliche Gegenstrategien der Zivilgesellschaftlichen AkteurInnen.

Wohin könnte ein gemeinsamer Diskurs führen bzw. woran wäre gemeinsam zu arbeiten

Die Diskussion in der Migrationspolitik stellt sich oft als eine nationalstaatlich eingeengte Angelegenheit dar, die immer nur die Perspektive des Aufnahmelandes erlaubt und nie bzw. kaum den Diskurs mit dem Subjekt „MigrantIn“ führt und so eine immer von oben auf die Gruppe der ZuwanderInnen blickende Perspektive einnimmt.

Bei der Entwicklungspolitik gibt es wiederum kaum einen Bezug zum eigenen Nationalstaat (ausgenommen die Wirtschaftsinteressen), etwas überspitzt formuliert und ähnlich wie in der Migrationspolitik wird kein Diskurs mit ihrem „Subjekt“ geführt. Das Ergebnis eines gemeinsamer Diskurses, des Suchens nach Überschneidungen,

könnte zu einem Ausleuchten Blinder Flecken führen, der den Bereich Migrationspolitik etwas „ernationalisiert“ und den Bereich Entwicklungspolitik ihren Anteil am Nationalstaat besser erkennen und berücksichtigen lässt.

Die Sicht der Öffentlichkeit auf Notlagen verschiedener Personengruppen, wie z.B. Flüchtlingsdramen in Lampedusa oder arbeitssuchende osteuropäische Männer am österreichischen Arbeitsmarkt, sieht sehr unterschiedlich aus. Hier ist ein verständnisweckender Hilfediskurs gefragt – dort wird das Thema von Angst um den eigenen Arbeitsplatz und Sicherheitsfragen dominiert. Diese Beispiele zeigen, dass es nicht nur darum gehen kann, die beiden Bereiche füreinander fruchtbar zu machen und - sozusagen Synergien zu erzeugen. Vielmehr muss es auch darum gehen, über diesen gemeinsamen Diskurs **Ideologien, Bilder, Klischees besser zu dechiffrieren** und eventuell auch – **mit Hilfe des jeweiligen** anderen Diskurses oder Bilder, irgendwie auch zu **überwinden**.

Der Diversitätsbereich war bisher nicht glücklich mit der strukturellen Verankerung im Innenministerium, die Entwicklungspolitik bzw. Entwicklungszusammenarbeit stellt sich zurzeit quasi als ein Anhängsel der österreichischen Außen- und Wirtschaftspolitik dar. Die Tatsache, in Zukunft unter der Schirmherrschaft eines Ministeriums zu arbeiten wird als große Chance gesehen, aus der sich Synergien in Bezug auf Umsetzungsmaßnahmen zu - für beide Bereiche wichtigen Themen - ergeben könnten. Hier wäre auch interessant zu beobachten, welche strukturellen Auswirkungen eine intensive Vernetzung dieser beiden Bereiche mit sich bringen würde.

Ein positiver Effekt, der sich aus dieser ganzheitlicheren Betrachtung dieser doch sehr heterogenen Felder ergeben kann, ist die Auflösung des dualistischen Denkens: also Innenpolitik – Außenpolitik, nationalstaatliches – nicht nationalstaatliches Denken, Wir und die Anderen, aber auch entwickelte – we-

niger entwickelte Länder. Da gäbe es viele Schnittmengen, wo eine Art „reframing“ der bisher geführten Diskurse stattzufinden hätte, in dem man – weg von Ethnizitätsfokus und dualem Denken – politischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Aspekten mehr Bedeutung zugemessen werden könnten.

Eine diskutierte Variante des Zusammenwirkens, die durchaus als interessant gesehen wurde, wäre die Bildung einer sogenannten „Kritischen Plattform“, die anders als einzelne NGOs besser in der Lage wäre, politisch zu agieren. Erfahrungen aus anderen Etablierungsprozessen thematisch ausgerichteter Plattformen zeigen jedoch auch, dass eine mit diesem Etablierungsprozess einhergehende Verbreiterung der Akteurlinnenebene immer auch zu einer thematischen Verwässerung führen kann, was solche Plattformen insgesamt wiederum schwächt.

Grundsätzlich lassen sich jedoch gemeinsame Interessen nur über gemeinsam zu führende Diskussionsprozesse erarbeiten und herausbilden, also über die Diskussion vorhandener Strategien und Programme zu festgelegten Themen (Überschneidungsthematiken), etwa in Form einer Art „Entwicklungstagung“, zu der einschlägige Institutionen und Organisationen aus dem Bereich Entwicklungspolitik, dem Bereich Migration, Hilfsorganisationen, wissenschaftliche

Institutionen etc. einzuladen wären. Am Ende dieses Prozesses, in dem natürlich die sogenannten „Subjekte“ (MigrantInnen- und Diasporagruppen) der beiden Bereiche mit einzubinden sein werden, könnte dann auch mehr Klarheit darüber herrschen, was wir gemeinsam auf den Weg bringen wollen und können.

CONCLUSIO

Die Diskursveranstaltung brachte zum Ausdruck, dass Migration und Entwicklung wichtige Themenbereiche sind, die sowohl in der Entwicklungspolitik als auch in der Integrationsszene hohen Aktualitätswert haben. Der Dialog zeigte, dass in beiden Bereichen ähnliche Zielvorstellungen in Bezug auf die Einbindung und Zusammenarbeit mit Diasporaorganisationen bestehen, jedoch die Zusammenarbeit derzeit nur in geringem Ausmaß erfolgt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass trotz Skepsis in Bezug auf die Notwendigkeit einer strukturellen Verankerung der Zusammenarbeit der Bereiche Integration- und Migrationspolitik mit der Entwicklungszusammenarbeit – auch aufgrund unterschiedlicher Arbeitsrealitäten – ein Zusammenwirken in Bezug auf identifizierte thematische Überschneidungen – durchaus als interessant und nutzbringend angesehen wird.

1 Das Projekt CoMiDe (www.CoMiDe.net) wurde im April 2011 gestartet und war ein dreijähriges Projekt, welches von der Europäischen Kommission und der OEZA gefördert wird. Dabei steht die Herstellung einer kohärenten Migrations- und Entwicklungspolitik auf staatlicher und europäischer Ebene im Vordergrund. Weiters sollen Kooperationen zwischen entwicklungspolitischen NGOs und migrantischen Organisationen und Communities in Italien, Slowenien, Slowakei und Österreich initiiert werden. Letztlich geht es auch darum, das Verständnis von Migration als Resultat globaler Ungleichheit im entwicklungspolitischen Diskurs zu forcieren. Als Projektpartner fungieren das Peace Institute - Institute for Contemporary Social and Political Studies (Slowenien), COSPE - Cooperazione per lo Sviluppo dei Paesi Emergenti (Italien), Society Development Institute (Slowakei) und Südwind Agentur (Österreich). Lead Agency ist das VIDC/Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (Österreich).

2 Der Begriff Hometown Association ist ein wenig irre führend, da mit einer Vereinigung (Association) eher ein formeller Zusammenschluss verstanden wird. Doch sind Diaspora-Organisationen und –Initiativen oftmals im Informellen tätig.

3 >>> econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:22759429~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html [abgerufen am 8.1.2014]

4 >>> www.oecd-ilibrary.org/development/development-aid-net-official-development-assistance-oda_20743866-table1 [abgerufen am 8.1.2014]

LITERATUR

- Angenendt, Steffen (2012): Migration, Mobilität und Entwicklung. EU-Mobilitätspartnerschaften als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. >>> www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_S25_adt.pdf, 13.8.2013
- APA-OTS, 27.9.2000: Ferrero-Waldner: „Entwicklungszusammenarbeit deutet Zukunft sichern. 2001 keine Kürzungen beim Budget der Entwicklungszusammenarbeit. >>> www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000927_OTS0205/ferrero-waldner-entwicklungszusammenarbeit-bedeutet-zukunft-sichern, 13.8.2013
- Barka Barka (2013): Barka Barka. >>> www.barkabarka.uio.at/, 13.8.2013
- BMIEA (2013): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013 – 2015. Wien: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. >>> www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2013-2015_02.pdf, 13.8.2013
- CoMiDe (2013): SHEA BUTTER (Karité) Project. >>> www.comide.net/project/shea-butterkarite-project/, 13.8.2013
- CONCORD (2011): Spotlight on EU Policy Coherence for Development. >>> coherence.concordeurope.org/pdf/Concord_Report_15_AW_LORES.pdf, 13.8.2013
- Bojadžijev, Manuela (2009): Europäische Migrationsvisionen. In: Kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik 2009/1. >>> kulturrisse.at/ausgaben/012009/oppositionen/europaeische-migrationsvisionen, 13.8.2013
- Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Gesamtansatz für Migration und Mobilität. >>> ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/1_DE_ACT_part1_v2.pdf, 13.8.2013
- European Commission (2011): Commission Staff Working Paper: Migration and Development. Accompanying the document: The Global Approach to Migration and Mobility. >>> eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SEC:2011:1353:FIN:EN:PDF, 13.8.2013
- Fall, Gibril: To Develop Development Cooperation. In: Summary Report Forum Migration % Development, Wien 2014: 14 – 19
- Hochauer-Kpoda, Irene (2013): Kein Vertrauen in MigrantInnen. In: Südwind Magazin Juni 2013: >>> www.suedwind-magazin.at/start.asp?ID=253799&rubrik=14&ausg=201306, 13.8.2013
- Imarhiagbe, Festus (2012): Good practice: Privatinitiative für landwirtschaftliche Entwicklung in Liberia. Interview in: VIDC Newsletter Nr. 22/2012, >>> www.vidc.org/index.php?id=1754, 13.8.2013
- Keusch, Marlene/Schuster, Nadja (2012): European Good Practice Examples of Migration and Development Initiatives with a Particular Focus on Diaspora Engagement. Wien: VIDC. >>> www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/pdfs/Fanizadeh/EU_Migration/CoMiDe_European_Go
- Navara-Unterluggauer, Petra (2012): Krause Gegengeschäfte statt einer visionären Migrationspolitik. In: Die Presse, 28.3.2012. >>> diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/744175/Krause-Gegengeschaefte-statt-einer-visionaeren-Migrationspolitik, 13.8.2013
- Ngo Tam, Técalre/Joschika, Regina (2012): Linking Migration and Development policies – Migrations- und Entwicklungspolitik in Österreich oder: der Anspruch auf Kohärenz, Wien: VIDC. >>> www.vidc.org/fileadmin/Bibliothek/DP/pdfs/Fanizadeh/EU_Migration/Consistency_of_M_D_in_Austria_deutsch.pdf, 13.8.2013
- OÖN, 26. März 2012: „Hilfe in Afghanistan ist nicht weniger wichtig als in Nicaragua“. >>> www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Mikl-Leitner-Hilfe-in-Afghanistan-ist-nicht-weniger-wichtig-als-in-Nicaragua;art385,847509, 13.8.2013
- Orozco, Manuel/Garcia-Zanello, Eugenia (2009): Hometown Associations: Transnationalism, Philanthropy, and Development. In: The Brown Journal of World Affairs 15/2: 1-17
- Sieveking, Nadine/Fauser, Margit/Faist, Thomas (2008): Gutachten zum entwicklungspolitischen Engagement der in NRW lebenden MigrantInnen afrikanischer Herkunft. COMCAD Arbeitspapiere – Working Papers, No. 38
- Weinar, Agnieszka (2010): Instrumentalising diasporas for development: Internationals and European policy discourses. In: Bauböck, Rainer/Faist, Thomas (Hg.): Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods, Amsterdam University Press: 73-89

INTERKULTURELLE BILDUNG – GLOBALES LERNEN

INHALTLICHE ANSÄTZE UND THEORETISCHE ZUGÄNGE IM KONTEXT VON MIGRATION UND BILDUNG

In der Schulbildung, der non-formalen Bildung und der Erwachsenenbildung generell gewinnen die Themen Interkulturelle Bildung und Globales Lernen mehr und mehr an Bedeutung. Beides sind wichtige Bildungskonzepte, die sich mit den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Entwicklung auseinandersetzen.

In Rahmen der zweiten Diskursveranstaltung wurden die Bildungskonzepte Interkulturelles und Globales Lernen kritisch reflektiert. Gemeinsam wurde ein Blick darauf geworfen, inwieweit diesen Bildungskonzepten ein kritisches und selbstkritisches Bildungsverständnis zugrunde liegt. Werden kulturelle Stereotypenbildung oder die Gefahr der Stabilisierung (diskriminierender) gesellschaftlicher Verhältnisse reflektiert? Werden gesellschaftliche Ungleichheiten sowohl auf globaler als auch lokaler Ebene verschleiert?

Im Rahmen der Diskursveranstaltungen setzten sich die TeilnehmerInnen kritisch mit diesen Fragestellungen auseinander und reflektierten die eigene pädagogische Praxis. Den theoretischen Input lieferte Prof. Dr. Paul Mecheril (Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg).

Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit KommEnt (Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung) in Salzburg durchgeführt.

DISKURS 2

RASSISMUSKRITISCHE PERSPEKTIVE AUF DIE THEMEN BILDUNG, MIGRATION UND ENTWICKLUNG

Auszüge aus dem Transkript des Vortrags „Rassismus bildet“⁵ von Paul Mecheril vom 8.5.2014 an der Universität Salzburg im Rahmen des Projekts „Vielfalt Global“)

Mecheril versuchte in seinem Vortrag den ZuhörerInnen ein Wahrnehmungsinstrument nahe zu bringen, eine Perspektive, nämlich das Werkzeug Rassismuskritik.

Die Idee und das Interesse der **Rassismuskritik** lässt sich mit der einfachen Frage umschreiben: Warum machen wir das, was wir machen? Mecheril: *„Rassismuskritik ist daran interessiert, rauszukriegen bzw. festzustellen, aber auch eine Sprache zu entwickeln, die es uns ermöglicht, zu formulieren und zu artikulieren, wie – um es mit Lawrence Grossberg, einem wichtigen Vertreter der „Cultural Studies“ zu sagen – Macht in die Möglichkeiten von Menschen sickert, dringt, ihr Leben auf würdige Art und Weise zu verbringen, wie Macht in diese Möglichkeiten dringt und dadurch diese Möglichkeiten restringiert, beschneidet, verengt usw.“*

Rassismuskritik ist eine analytische Perspektive, die an spezifischen Herrschaftsverhältnissen interessiert ist und daran, unter welchen Bedingungen diese auftreten, wie sich diese Herrschaftsverhältnisse zeigen, welche Eigenschaften sie haben und welche Konsequenzen sich aus ihnen ergeben.

„Rassistische Unterscheidungen stellen eine Macht dar: Sie ermächtigen, bemächtigen und/oder entmächtigen Diejenigen, die etwas mit den Machtverhältnissen zu tun haben. Und zwar sind alle, so die Rassismuskritik, davon betroffen, alle sind affiziert von rassistischen Unterscheidungen. Wenn Sie so wollen, können Sie sich das so vorstellen wie die hegemonialen Geschlechterverhältnisse, eine andere Herrschaftsdimension. Wir können von diesen ‚komischen‘ Geschlechterverhältnissen halten, was wir wollen, eigentlich kommen wir nicht an ihnen vorbei.“

Und so ähnlich denkt es sich die Rassismuskritik: an der rassistisch unterscheidenden Struktur kommt niemand vorbei, sogar die beste Antirassistin nicht. Und in dem Sinne, nur in diesem Sinne bildet Rassismus.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Bildung ist nach Hans Christoph Koller (Allgemeine Erziehungswissenschaft, Universität Hamburg) formal ein erfahrungsbegründeter Transformationsprozess meines Verhältnisses zu mir selbst und meinem Verhältnis zur Welt. Mecheril unterstreicht Kollers Aussage und führt aus, dass diese Welt- und Selbsttransformation dann auf Bildung verweist, wenn sich darin ein Bezug auf allgemeine Fragen deutlich macht, wenn es nicht nur ein individueller Prozess ist, sondern wenn individuelle Erfahrungen in Bezug zu allgemeinen Zusammenhängen gesetzt werden. Für Mecheril stellt Rassismus keine partikuläre, sondern eine allgemeine Frage dar. *„Weiter geht es bei Bildungsprozessen darum, dass über die transformative Auseinandersetzung irgendeine Idee von gutem Leben, normativ gehaltvollem Leben angestrebt wird, in Augenschein genommen wird, in Sprache gefasst wird und so weiter.“*

Rassismus bildet heißt: *Rassismus ist eine Strukturgröße der Erfahrung von allen Menschen, rassistische Unterscheidungen sind Bestandteil von Selbst- und Weltverhältnissen, und zwar von allen. Rassismus bildet, wenn ich mich in der Auseinandersetzung mit Rassismus zu allgemeinen Fragen – zum Beispiel zu der Frage, wie Privilegien auf dieser Welt verteilt sind – so in ein Verhältnis setze, dass eine Idee von gutem Leben, nicht nur für mich, sondern für alle, thematisiert wird. In diesem Sinne bildet Rassismus.“*

⁵ „Rassismus bildet – Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft“ – der Titel eines von Anne Broden und Mecheril im Mai 2010 herausgegebenen Buches (Transcript-Verlag).

(aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Es ist ganz wichtig zu verstehen, meint Mecheril, dass Rassismus modern ist, dass Rassismus mit Rationalität operiert und einen Versuch bezeichnet, vernünftig die Welt zu erklären. „Rassismus hat etwas mit Moderne zu tun, hat etwas mit dem Ort zu tun hat, an dem wir sind. [...] Rassismus ist nicht das Andere der Moderne, ist nicht das Andere der Rationalität, ist nicht das Andere der Vernunft, sondern ist ein Phänomen, das Moderne, Rationalität und Vernunft nicht nur begleitet, sondern das von diesen drei Dingen hervorgebracht wird. Das ist ein ganz zentraler Punkt, meines Erachtens, auch für Rassismuskritik bzw. Antirassismus.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

MIGRATION

Migration ist Normalität, das gehört sowohl in Deutschland als auch mittlerweile in Österreich zum offiziellen Diskurs. Hier wie dort hat sich mittlerweile eine Integrations“industrie“ ausgebildet.

Mecheril bringt dazu ein Zitat aus dem Nationalen Aktionsplan der deutschen Bundesregierung: „Heute leben hier zu Lande rund 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, etwa die Hälfte von ihnen sind Deutsche. Damit ist Integration kein Minderheitenthema, sondern für Politik und Gesellschaft eine dauerhafte Herausforderung“. (Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht 2009, S. 1)

Mecheril unterstreicht wie wichtig es ist, dass Migration zum Thema gemacht wird, gleichzeitig merkt er jedoch an, dass es eigentümlich ist, wie Migration zum Thema gemacht wird.

Der oben zitierte Text funktioniert laut Mecheril nur auf Grund von zwei Voraussetzungen, die gleichzeitig noch bestärkt werden:

„Die zwei Voraussetzungen etwas vereinfacht, humorvoll dargestellt:

Voraussetzung 1: Sobald die Tür aufgeht und ein

Mensch mit Migrationshintergrund (MmM) hereinkommt, stellt sich die Frage der Integration; sie ist nicht geklärt. Wir müssen immer genau hinguhen. Wie sieht es mit seinem Status der sozialen Integration aus, kennt er den überhaupt oder ist er überhaupt bereit, mit einer Österreicherin zu sprechen? Das weiß man nicht so genau. Diese Unterstellung kennzeichnet den Integrationsdiskurs: Wie sieht es eigentlich mit der Bereitschaft dieses MmM aus, sich zu integrieren? [....]

Voraussetzung 2: Die Tür geht auf, ein Mensch ohne Migrationshintergrund (MoM) kommt rein. Bei diesem Menschen, ist die Frage der Integration kein Thema. Dass Integration eine Herausforderung ist, eine dauerhafte Herausforderung, entsteht nur, weil es diese MmMs gibt, diese Menschen mit Migrationshintergrund. Bei den MoMs stellt sich diese Frage nicht. Also, Arbeitslosigkeit geht bei MoMs gegen o, Analphabetismus, funktionaler Analphabetismus kommt bei MoMs nicht vor. Die Frage egalitärer Geschlechterverhältnisse wird bei MoMs nicht mehr gestellt, es wäre eine Unverschämtheit diese Frage zu stellen. Die Frage, ob sie sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen, die wird bei MoMs nicht gestellt, weil sie es sind, es wäre eine Unverschämtheit diese Frage zu stellen. Die stellen wir nur bei den MmMs. Nicht dass wir unterstellen, dass sie Menschenrechte per se aus einem sozusagen MmM-Sein heraus nicht so gut finden, aber wir wissen es eben nicht so genau. Wir müssen diesen kleinen Test machen, selbstverständlich ganz freundlich und ganz paternalistisch. Wenn sie da Defizite haben, dann helfen wir ihnen auch gern. Mit einem kleinen Kurs zum Beispiel.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Mecheril variiert das Zitat aus dem Nationalen Aktionsplan: „Heute leben hierzulande rund 65 Millionen Menschen ohne Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte von ihnen ist entweder (wirtschafts-)kriminell, arbeitslos, von Armut bedroht oder alt. Damit ist Integration kein Minderheitenthema,

sondern für Politik und Gesellschaft eine dauerhafte Herausforderung.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Das, was Mecheril damit herausstellen will: Der Diskurs über Integration erzeugt phantasmatisch zwei Gruppen, die es nicht gibt. Es gibt weder Menschen mit Migrationshintergrund, noch gibt es Menschen ohne Migrationshintergrund. Es gibt einen Diskurs und der erzeugt diese Gruppen.

„Das heißt nicht, dass ich davon ausgehe, dass es migrationsgesellschaftlich keine Unterschiede gäbe, die gibt es sehr wohl. Es gibt Menschen, die haben eben jetzt gerade Migrationserfahrungen, transnationale Migrationserfahrungen gemacht, welche in der Regel biographisch bedeutsam sind. Aber die Rede von „mit und ohne Migrationshintergrund“, diese ist meines Erachtens – sehr freundlich gesagt – unterkomplex. [...] Was da passiert ist, dass zwei phantasmatische, also vorgestellte Gruppen erzeugt werden, bei denen die eine Gruppe fraglos legitim ist und die andere Gruppe zu befragen ist. [...] Integriert sein ist mittlerweile in Österreich wie in Deutschland ein Wert, eine Norm. [...] Und wer nicht integrationsbereit ist, bei dem sind wir fast so weit, dass wir sagen, es ist legitim, ihm die Bürgerrechte zu entziehen. Die Regel von „mit und ohne Migrationshintergrund“ ist eine Konstruktion, die eine gewisse gesellschaftliche Funktion erfüllt, nämlich zu suggerieren, „da gibt es uns, die wir nicht die Anderen sind, und da gibt es die Anderen“. (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

In Anlehnung an Stuart Hall, einen britischen Soziologen und führenden Vertreter der Cultural Studies, der wichtige Beiträge in der Gesellschaftsanalyse, der Rassismustheorie und im Bereich postkoloniale Perspektiven verfasst hat, sowie mit Bezug auf Norbert Elias Figurationssoziologie, spricht Mecheril vom Phantasma der charismatischen Gruppe. Daneben gibt es eine Gruppe, der dieses Charisma nicht fraglos und per se zukommt. „Wir brauchen die Vorstellung dieser nicht-charismatischen Gruppe, wir müssen über diese nicht-

charismatische Gruppe – die MmMs – sprechen, damit uns unser Charisma klar wird. Damit es klar wird, dass wir bevorzugt sind.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Die Rassismustheorie geht davon aus, dass Rassismus keine anthropologische Konstante ist und nicht zum immerwährenden Wesen des Menschen gehört. Rassismus ist lt. Mecheril vielmehr „eine moderne Praxis der Unterscheidung von Menschen, vor allem jedoch auch eine moderne Praxis der Legitimierung von Herrschaft des Menschen über den Menschen. Und diese moderne Unterscheidung braucht ein analytisches Herz, und dieses Herz heißt Rasse.“ Nach Ansicht von Mecheril und anderen RassismustheoretikerInnen entsteht Rassismus erst in dem Moment, wo die Rasseunterscheidung erfunden und Rasse konstruiert wird.

Es gibt **drei analytische Momente in der Rassenkonstruktion**, so Mecheril:

„Der erste Moment – **Rasse ist eine Ordnungskategorie**, und zwar eine von wissenschaftlicher Vernunft eingebrachte Ordnungskategorie und ist ein Kennzeichen der Moderne. Die Moderne muss ordnen wie verrückt, die muss alles ordnen. Und das muss sie mit den Kategorien von Vernunft machen. **Deshalb** Wissenschaft. Alles wird klassifiziert, zu erkennen versucht, zur Sprache gebracht. Jeder Schmetterling, jeder Käfer, jede libidinöse Regung, das ist modern. Die Rassekategorie funktioniert so: Schublade auf, also Kategorie auf, Mensch rein, Schublade zu. Jeder Mensch gehört einer Rasse an. Jeder Mensch gehört nur einer Rasse an. Und jeder Mensch gehört von der Wiege bis zur Bahre dieser Rasse an. [...]

Der zweite analytische Moment – diese Kategorien sind hierarchisch geordnet. [...] Die da oben sind klüger, rationaler, sittlicher, moralischer, verlässlicher und disziplinierter mit sich selbst.

Der dritte analytische Moment – und nur mit diesem Moment funktioniert die Rassenkonstruktion – **wir sind ganz oben.**“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Rassismus ist laut Mecheril ein System, in dem versucht wird mit rationalen, – manche sagen – quasi rationalen Argumenten, zu erklären, warum diese Ungleichheit zwischen den Menschen, warum die Herrschaft der einen Gruppe über die andere Gruppe, irgendwie legitim ist.

Das heißt nicht, dass es „vor der Erfindung der Rassekategorie nicht schreckliche Dinge gegeben hat“, so Mecheril und führt weiter aus: „Ich will mit dem Hinweis darauf, dass Rassismus ein modernes Phänomen ist, nicht sagen, dass die Vormoderne besser gewesen ist, überhaupt nicht. Aber hier sind Unterschiede analytisch zu unterscheiden. Also vielleicht können wir uns dies ganz gut an der Differenz zwischen Antijudaismus und Antisemitismus erklären. Antijudaismus ist grauenvoll. Er ist nach wie vor grauenvoll in den Formen, in den es ihn noch gibt, mit Progromen und anderen schrecklichen Dingen. Antijudaismus ist nicht „besser“ als Antisemitismus, nur – aus meiner Perspektive – etwas anderes. Weil Antisemitismus mit der rassistischen Kategorie operiert, der Erfindung der Semiten, und es ist eine Erfindung, die garantiert, dass die Leute, die zu kontrollieren oder eben auch zu vernichten sind, nicht rauskommen aus der Schublade. Im Antijudaismus hatte man dem Prinzip nach immerhin noch die Möglichkeit der Konversion, dem Antisemitismus entkommt man nicht.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

In der Rassismustheorie wird konstatiert, dass die Rassekonstruktion einem **Wandel** unterliegt und sich in der **Kategorie Kultur** wiederfindet. Der kulturelle Rassismus funktioniert anders als der klassische, koloniale Rassismus, „der funktioniert so, dass man sagt: es gibt unterschiedliche kulturelle Gruppen und dass die Anderen ihre Kultur haben, ist auch gut, sie sind sicherlich keine Barbaren – das wäre eher die klassische Variante, aber ...“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Rassismus ist wandelbar, sagt Mecheril. Es ist wichtig zu beachten, dass Kultur ein Sprachversteck

für Rassismuskonstruktionen sein kann, im Wissen darum sei reflexiv und behutsam mit solchen Dingen umzugehen.

Eine weitere Form von Rassismus erläutert Mecheril anhand der Aussage eines Bürgermeisters einer deutschen Großstadt, der sich in einem Interview rühmt, er habe sich im Bundesrat dafür eingesetzt, dass geduldete Ausländer, die einen Schulabschluss gemacht haben, bleiben können, weil es ihn krank mache, wenn jemand abgeschoben wird, der hier seinen Bildungsabschluss gemacht hat.

Laut Mecheril ist dies eine neue Variante des Rassismus und diese neue Variante des Rassismus funktioniert so: „Mir blutet das Herz, wenn Humankapital abwandert, mir blutet das Herz, wenn gebildete Körper, die wir benutzen können, die wir doch benötigen, abwandern. Wir haben in Deutschland ja einen Fachkräftemangel, wir brauchen doch dieses Humankapital. Das heißt, der neue Rassismus, – im Übrigen ist es kein neuer Rassismus, sondern ein alter Rassismus in modernisierter Form –, dieser neue Rassismus funktioniert so, dass die Verwertbarkeit der Körper, der in die Körper inkorporierten Kompetenzen, die Verwertbarkeit und die Nichtverwertbarkeit das Kriterium für Rechte, letztlich für Menschenrechte und damit dafür, ein (legitimer) Mensch zu sein, darstellt.“ (aus dem Vortrag „Rassismus bildet“, Paul Mecheril, 8.5.2014, Salzburg)

Paul Mecheril, Professor für Interkulturelle Bildung am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Direktor des Center for Migration, Education and Cultural Studies an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

VIELFALT BEREICHERT. INTERKULTURELLES & GLOBALES LERNEN KRITISCH BETRACHTET

Diskussionsbeiträge aus dem Workshop vom 9.5.2014 in den Räumlichkeiten von Komment

Der Workshop verfolgte das Ziel, sich mit der „Normalität von Rassismus und Kulturalisierung“ sowie mit einer kritischen Betrachtung der eigenen pädagogischen Praxis auseinanderzusetzen und dabei Perspektiven für deren Weiterentwicklung zu diskutieren.

Dabei standen folgende Fragen zur Diskussion: Die Vielfalt der Kulturen als Bereicherung, Dialog und Begegnung als Rezept? Tragen solche Ansprüche nicht eher zur Verfestigung von Klischees bei und verschleiern gesellschaftliche Ungleichheiten? Liegt den beiden Bildungskonzepten Globales und Interkulturelles Lernen ein kritisches Bildungsverständnis zugrunde? Wie sind die Konzepte in Bezug auf kulturelle Stereotypenbildung, diskriminierende gesellschaftliche Ungleichheiten, rassistische Wirkungen zu beurteilen? Wo sind die Fallstricke und Spannungsfelder der beiden Konzepte im Kontext politischer Analyse und politischer Bildung? Was bedeutet die Kritik der Konzepte aus antirassistischer und postkolonialer Perspektive um? Welche Tabus sind zu erkennen, welche Weiterentwicklungen wären notwendig?

Der Workshop richtete sich an Personen, die in entwicklungspolitischen Organisationen, Organisationen des Globalen Lernens oder im interkulturellen Bereich tätig sind.

INTERKULTURELLE PÄDAGOGIK UND DIE ZENTRALE KATEGORIE DES WIDERSPRUCHS

Paul Mecheril, der am Vormittag als Referent zur Verfügung stand, leitete den Workshop mit dem Hinweis ein, dass die zentrale Kategorie im sozialen, politischen und pädagogischen Feld die **Kategorie des Widerspruchs** sei. „Widerspruch ist nicht spezifisch für das Feld Migration, es ist nicht so, dass alle anderen Felder widerspruchsfrei sind, sondern

im Feld Migration zeigt sich das Allgemeine besonders klar. Und dieses Allgemeine besteht auch darin, dass die Verhältnisse widersprüchlich sind!“

Der Widerspruch, der im Bereich Schule eine maßgebliche Rolle spielt, ist die Tatsache, dass die Institution Schule grundsätzlich eine Selektions-Einrichtung darstellt, die nach Mecheril Menschen in einem kapitalistischen Sinne unterscheidet. *„Weil der Kapitalismus diese Unterscheidung braucht, werden wir, solange wir diese Form der gesellschaftlichen Logik haben, eine Schule haben, die SchülerInnen auf diese Art und Weise (Notensystem) unterscheidet (welchen Sinn macht es, achtjährige Kinder schon mit einem hochgradig aufgeladenen Notensystem zu belegen, entspricht das einer angemessenen Idee von Lernen und von Bildungsprozessen?).“* (Diskussionsbeitrag aus dem Workshop vom 9.5.2014, Komment Salzburg)

In der Fort- und Weiterbildung ergeben sich Widersprüche oft dadurch, dass Bildungsschritte mit Einzelnen erfolgen, die dann zurück in ihre Institutionen gehen, die aber gleich geblieben sind. Die daraus resultierenden Probleme werden nicht als Probleme für die Institution gesehen, sondern bleiben individuelle Widersprüche und Herausforderungen.

Professionalität in diesem Feld bedeutet für Mecheril, Widersprüche nicht abzutun, sondern in der Lage zu sein, Widersprüche zu sehen, herauszufinden, welche institutionellen Widersprüche sich im jeweiligen Arbeitskontext ergeben und diese auch zu formulieren.

Professionalität im Kontext interkultureller Bildung würde zunächst bedeuten, Widerspruchsverhältnisse, die im Bereich Migration und Diskriminierung für in diesem Feld Handelnde jeweils von Bedeutung sind, zu identifizieren. In einem zweiten

Schritt wäre zu eruieren, welche Möglichkeiten eines angemessenen Umgangs mit diesen Widersprüchen es für jede/n Einzelne/n gibt.

Professionalität bedeutet für Mecheril „unter Bedingungen des nicht wirklich Handeln-Könnens, – weil es ungewiss ist, weil es unbestimmt ist, weil es spannungsreich ist, – dieses Ungewisse nicht abzuwehren!“ (Diskussionsbeitrag aus dem Workshop vom 9.5.2014, Kommentar Salzburg)

Mit anderen Worten, es ist wichtig, kritisch zu sein! Mecheril verweist dabei auf Michel Foucaults Idee von Kritik: „Kritik ist die Kunst, sich nicht dermaßen regieren zu lassen“.

Im Kontext pädagogischer Professionalität hieße das, „nicht Instrument des Regierens zu sein, nicht ungebrochenes Medium dieser Macht zu sein“.

Zur Erläuterung, was mit interkultureller Kompetenz gemeint ist, bringt Mecheril ein Zitat.

„In den Pisa-Studien hat sich bislang mehrfach gezeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund noch schwächere Leseleistungen erreichen als ihre deutschen Mitschüler. Untersuchungen haben zutage gefördert, dass die Lesekompetenz der zweiten Zuwanderergeneration erheblich unter jener der ersten Generation liegt. Diese Erkenntnisse scheinen endlich einen angemessenen Widerhall zu finden, sodass nun ernsthaft versucht wird, Kinder mit Migrationshintergrund in unseren Schulen besser zu fördern. Einer der Schlüssel zum Erfolg ist dabei die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Lehrkräfte.“ [aus dem Ankündigungstext einer Fortbildungsreihe des Augsburger Zentralinstituts für didaktische Forschung und Lehre (Okt. 2008); »» www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/165811]

Nimmt man diese Aussage ernst bzw. werden entsprechende Maßnahmen gesetzt, entsteht sofort ein „Markt für solche Maßnahmen“. Dieser kann dann nur schwer wieder zurückgenommen werden. „Dann haben wir TrainerInnen, dann bilden sich Institutionen, dann gibt es Leute, die diese TrainerInnen ausbilden, dann haben wir WissenschaftlerInnen die zu interkultureller Kompetenz

sprechen usw. **Mit Foucault gesagt entsteht ein Dispositiv**, ein komplexer, sich wechselseitig stabilisierender Mechanismus.“ (Diskussionsbeitrag aus dem Workshop vom 9.5.2014, Kommentar Salzburg)

„Ich bin sehr dafür, davon auszugehen, dass Handlungsfähigkeit und Subjektstatus nicht das Privileg der migrationsgesellschaftlich privilegierten sind. Insofern finde ich es sehr begrüßenswert, wenn versucht wird, für Lehramt z.B. LehrerInnen mit Migrationshintergrund zu gewinnen, allerdings passieren da Dinge, die hoch problematisch sind.“ Dieses Zitat verweist auf die Notwendigkeit der Stärkung von Interkultureller Kompetenz bei Lehrkräften, funktioniert aber – so Mecheril – nur mit der bereits beschriebenen doppelten Voraussetzung:

- „Die Tür geht auf, eine Schülerin mit Migrationshintergrund kommt herein, und „zack“ – schon haben wir es mit einer Situation kultureller Differenz zu tun.
- Die Tür geht auf, eine Schülerin ohne Migrationshintergrund kommt herein, die Schulvertreterin verliert kein Wort.“ (Diskussionsbeitrag aus dem Workshop vom 9.5.2014, Kommentar Salzburg)

Genau diese doppelte Voraussetzung sei für das Funktionieren von so etwas wie „interkultureller Pädagogik“, diesen Diskurs sowie dem „Markt“ für interkulturelle Kompetenz notwendig.

Selbstkritisch nimmt sich Mecheril hier nicht aus: „Mein Job als Professor für interkulturelle Bildung besteht darin, mich mit Migration und Bildung zu beschäftigen. Wenn ich mich wirklich mit interkultureller Bildung beschäftigen würde, würde ich mich etwas ins Abseits begeben. Wirkliche interkulturelle Bildung bedeutet, sich mit kultureller Pluralität auseinanderzusetzen. Kulturelle Pluralität ist jedoch kategorial etwas anderes als migrationsgesellschaftliche Realität.“ (Diskussionsbeitrag aus dem Workshop vom 9.5.2014, Kommentar Salzburg)

Die Auseinandersetzung mit kultureller Differenz

und Bildung in kulturell pluralisierten Gesellschaften findet Mecheril äußerst wichtig. Er hält es jedoch für sehr gefährlich, kulturelle Differenz mit migrationsgesellschaftlicher Differenz schlichtweg gleichzusetzen:

„Das ist falsch, kategorial und analytisch, falsch. Es ist aber nicht nur falsch, sondern auch hoch gefährlich – und hier kommt die Rassismustheorie ins Spiel. Die Gleichsetzung von Migrationsstatus mit kultureller Differenz kann aus postkolonialer Perspektive untersucht werden. Ein zentraler Begriff der postkolonialen Theorie ist in diesem Zusammenhang „Othering“. Othering beschreibt den Prozess, wie gesellschaftlich Andere gemacht, wie sie gleichsam „hergestellt“ werden. Sie werden unter anderem hergestellt durch die Diskurse um interkulturelle Differenz, die sie permanent des Anders-seins bezichtigen. Wir sind zwar alle irgendwie anders, aber die sind noch einmal ganz besonders anders.“ (Diskussionsbeitrag aus dem Workshop vom 9.5.2014, Komment Salzburg)

Ein adäquater Umgang mit Differenz würde darin bestehen, so Mecheril, die Differenz nicht von vornherein zu setzen. Zuallererst sollten wir also daran interessiert sein, wie über Differenzen gesprochen wird und welche Differenzen als besonders relevant gelten.

Auch hier ist Mecheril zuallererst an Herrschaftsverhältnissen interessiert, auch wenn Differenzen teilweise auch mit Eigenzuschreibungen zu tun haben können. *„Natürlich gibt es auch Selbstzuschreibungen“* – so Mecheril – *„aber es gibt auch wirkmächtige Diskurse und Institutionen die für Zuschreibungen verantwortlich sind“*.

Dazu bringt Mecheril ein Zitat von einem Innsbrucker Kollegen:

„In den 1980er Jahren wurde ich immer wieder zu Podiumsdiskussionen eingeladen, um über die Türken zu sprechen. Vor allem Sozialarbeiter waren daran interessiert, die ‚Lebensweise‘ der Türken besser zu verstehen, um mit ihnen besser arbeiten zu können. Da war ich ein Türke.

In den 1990er Jahren wurde ich dann eingeladen, um über die Migranten zu sprechen. Gemeindepolitiker, PädagogInnen und LehrerInnen wollten mehr über die ‚Kultur‘, die Familienstrukturen, die ‚Mentalität‘ der Migrantinnen und Migranten wissen. Da war ich Migrant.

Seit 2001 werde ich sogar zu lokalen Fernsehsendungen und Podiumsdiskussionen auf Universitäten eingeladen, um über den Islam zu sprechen. Seit dem bin ich nicht nur privat, sondern auch beruflich ein Moslem.“

Grundsätzlich – so Mecheril – ist die Verwendung kultureller Differenz im Kontext migrationsgesellschaftlicher Pluralität im Hinblick auf die mit ihnen verbundenen und von politischen Tendenzen abhängigen Zuschreibungen und Festlegungen, insbesondere die Festlegung des „besonderen Anderen“, zu reflektieren und zu kritisieren.



Rassismus bildet

Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft

Brodén, Anne; Mecheril Paul (Hg.);
Transcript Verlag, Bielefeld, 2.
Unveränderte Auflage 2011.
ISBN 978-3-8376-1456-5

Rassismus bildet! Dieses Buch versammelt Studien, die sich kritisch mit der Bildungsdimension rassistischer Normalität auseinandersetzen. Rassistische Ordnungsprinzipien des machtvollen Unterscheidens wirken nicht allein als „äußerliche“ Verteilung von Ressourcen, sondern sind auch in dem Sinne produktiv, als sie auf Selbst-, Gegenstands- und Weltverständnisse einwirken.

Die Beiträge des Bandes untersuchen als üblich geltende – und dadurch kulturell selbstverständliche – institutionelle und interaktive Praxen der Fremd- und Selbstpositionierung in formellen und informellen Bildungszusammenhängen. Es wird gezeigt, wie die Gewöhnlichkeit solcher, an rassistische Traditionen anschließenden, Unterscheidungspraxen ihre Wirksamkeit ausmacht.

DISKUSSIONSBEITRÄGE ZU GLOBALEM LERNEN

Der Workshop befasste sich unter anderem auch mit der Kritik am Bildungskonzept Globales Lernen aus einer postkolonialen und rassismuskritischen Perspektive. Diese Debatte entzündete sich u. a. an kritischen Aufsätzen in der Zeitschrift *iz3w* 00/2012 sowie einer Publikation der Berliner Bildungsinitiative Glocal e.V. (00/2013). Die in Deutschland zunächst heftig und kontrovers geführte Auseinandersetzung wirft wichtige und notwendige Fragen auf, die einen fachlichen wie sachlichen Diskurs erfordern und vor allem auch zeigen, wie wichtig eine „interdisziplinäre“ und zusammenführende Diskussion verschiedener Konzepte, wie der interkulturellen Bildung, dem Globalen Lernen oder einer rassismuskritischen Bildung ist.

Nachdem der Vortrag von Paul Mecheril am Vorabend sowie der Workshop-Vormittag die rassismuskritische Perspektive gut ausleuchten konnte, standen am Nachmittag zwei Diskussionsstränge im Mittelpunkt: Zum einen konnte in einer Arbeitsgruppe die Auseinandersetzung mit Rassismus und Perspektiven für eine rassismuskritische Bildung im eigenen pädagogischen Kontext der TeilnehmerInnen vertieft werden.

In einer zweiten Arbeitsgruppe wurden zunächst einige der wichtigsten Kritikpunkte an Globalem Lernen (auch an Bildung für nachhaltige Entwicklung) und Interkultureller Bildung aus postkolonialer Perspektive in Form von Thesen vorgestellt. Diese wurden im Anschluss mit Bezug zur eigenen pädagogischen Praxis diskutiert. Die Thesen basieren auf dem Beitrag von Chandra-Milena Danielzik „Überlegenheitsdenken fällt nicht vom Himmel – Postkoloniale Perspektiven auf Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (*ZEP – Zeitschrift für Entwicklungspädagogik und internationale Bildungsforschung*, 1/2013).

Folgende Aspekte wurden zur Diskussion gestellt:

- Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) tragen zur Stabilisierung von Ungleichheitsverhältnissen bei, weil sie historisch gewachsenen (koloniale) Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht grundlegend in Frage stellen.
- Dies lässt sich daraus ableiten, dass beide Konzepte in den kolonialgeprägten Entwicklungsdiskurs eingebettet sind. Dieser Entwicklungsdiskurs basiert selbst bereits auf bestimmten rassistischen und kapitalistischen Grundannahmen und Logiken, die konstituierend für bestehende Machtverhältnisse in Nord-Süd-Beziehungen sind. Indem die Bildungskonzepte Themen wie Kolonialismus, Rassismus und Kapitalismus nicht aufgreifen und benennen, somit eine aktive Auslassung dieser Themen zu unterstellen ist, tragen sie zur Festigung von globaler Ungleichheit bei.
- Schließlich würden Globales Lernen und BNE gleichberechtigte Subjekte voraussetzen, in einer Welt, in der die jeweiligen Handlungsspielräume der Subjekte jedoch durch strukturelle sozio-politische Ungleichheit unterschiedlich groß seien. Somit könne man nicht von gleichberechtigten AdressatInnen für Globales Lernen und BNE ausgehen – weder im globalen Norden noch im globalen Süden (ebd, S. 27). Dazu kommt, dass nur den „Subjekten des globalen Nordens“ Handlungs- und Gestaltungskompetenzen zugeschrieben werden. Es stellt sich die Frage, wie weit die Bildungskonzepte sich aus einem entwicklungspolitischen Denken, das von passiven „Hilfe-EmpfängerInnen“ und „gestaltenden“ GeberInnen ausgeht, herauslösen konnten. Dabei ist auch der Entwicklungsbegriff zu hinterfragen, der lange Zeit einem eurozentristischen Fortschrittsmodell gedient hat bzw. noch

dient (Entwicklung zur Schaffung von Wohlstand durch Wirtschaftswachstum).

In Anlehnung an einen zentralen Aspekt postkolonialer Kritik, der Frage nach der Generierung von Wissen (welches Wissen, von wem, zu welchem Zweck) verweist Danielzik auch auf die Frage, wie Wissen über das zentrale Thema des Globalen Lernens – die Verwobenheit zwischen globalem Norden und globalem Süden sowie die Vermittlung einer globalen Perspektive – generiert wird. Mit Verweis auf Foucault, wonach jede Wissensproduktion in Machtasymetrien eingebettet ist, ist im Globalen Lernen und in der BNE vor allem auch die Generierung von Wissen und deren Vermittlung „in Form des Lernens über andere“ sowie die „Messung“ dieses Wissens „am Eigenen“, an der eigenen Wirklichkeit zu hinterfragen.

Die (selbstkritischen) Statements der TeilnehmerInnen zeigen, dass die postkoloniale Kritik an vorherrschenden Bildungsinhalten nachvollziehbar ist. Diskutiert wurde vor allem darüber, dass kolonial gewachsene Unterschiede und kolonial geprägte Machtverhältnisse sowohl in Unterrichtsmaterialien des Globalen Lernens, vor allem aber auch in Schulbüchern, kaum thematisiert werden. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass z. B. die neo-imperiale Lebensweise nicht thematisiert bzw. nur unterschwellig angesprochen wird. Der Kapitalismus und dessen Auswirkungen werden zu wenig in Frage gestellt und alternative Entwicklungswege (wie z. B. „Gemeinwohlökonomie“) kaum angesprochen. Zudem – so die Sicht einiger TeilnehmerInnen – ist Globales Lernen im österreichischen Bildungskontext zu wenig mit politischer Bildung verknüpft.

Die Schlussfolgerung von Danielzik, dass eine konsequente Umsetzung dieser postkolonialen Perspektive bedeuten würde, die gewohnte Blickrichtung zu ändern und mittels dekonstruktivistischer Methoden eigene Positionierungen kritisch zu beleuchten, wurde auch von den Teilnehmenden gezogen. „Es könnte nicht mehr darum gehen,

dass VertreterInnen des globalen Nordens Wissen über Menschen und Lebensrealitäten des globalen Südens anhäufen, sie beschreiben, bewerten und zum Eigenen in Relation rücken. Menschen des globalen Südens könnten nicht mehr zu Lernobjekten gemacht werden, die in ein europäisches Wissenssystem ein – und diesem untergeordnet werden.“ (ebenda, S. 27)

CONCLUSIO

Die zentrale Kategorie in der rassismuskritischen Auseinandersetzung mit den Themen „Migration“, „Entwicklung“ und „Interkulturalität“ scheint der Begriff des Widerspruchs zu sein. Das Erkennen von Widerspruchsverhältnissen im Kontext von Migration, Interkulturalität und Umgang mit gesellschaftlicher Differenz – insbesondere im Zusammenhang mit Bildung – wurde in der Diskussion als besonders wichtiger Aspekt identifiziert. Der Versuch auf Fragen nach der Wichtigkeit von Widerspruchsverhältnissen im eigenen Arbeitskontext Antworten zu finden und dafür eine Sprache zu entwickeln bzw. Räume zu schaffen, die eine Reflexion dieser Widerspruchsverhältnisse ermöglicht, wurde dabei als besonders wichtig erachtet.

Nicht nur in Bezug auf Globales Lernen sondern in Bezug auf Bildungsinhalte generell bedarf es grundsätzlich eines kritischen Blicks auf Wissensproduktion. Es geht darum, den universalen Charakter europäischer Entwicklungsimperative zum Thema zu machen und Europa als Norm schaffendes Zentrum zu hinterfragen. Um sich diesbezüglich aus vorhandenen, dominanten Wissensstrukturen heraus zu bewegen, bedarf es einer offen geführten, breit angelegten Diskussion, die erlaubt globale Machtverhältnisse, deren Einfluss auf Wissensproduktion und das herkömmliche Verständnis von Entwicklung, das geprägt ist von einem Überlegenheitsdenken des globalen Nordens, offen zu legen und zu hinterfragen.

THINK GLOBAL – ACT LOCAL

WIE WIRKT SICH DIESER DENKANSAZ IN DER KOMMUNALEN INTEGRATIONSARBEIT AUS?

IDEEN ZUR THEMENSTELLUNG

Oft stellen Aktivitäten im regionalen und kommunalen Kontext – im Bemühen, das Zusammenleben der BürgerInnen gemeinsam zu gestalten – jene Ebene dar, in der AkteurInnen aus Entwicklungspolitik und Integration zusammenwirken.

Die dritte Diskursveranstaltung ging der Frage nach, wie Entwicklungsthemen in der kommunalen Integrationsarbeit sichtbar werden, welche Berührungspunkte in der Arbeit im kommunalen Kontext bestehen und welche ähnlichen bzw. gleichen Anliegen aus den beiden Bereichen formuliert werden können.

Zur Diskussion waren TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Bereichen wie Gemeindepolitik, Kommunale Integrationsbeauftragte, MitarbeiterInnen von (entwicklungspolitischen) NGOs, MultiplikatorInnen und Personen mit Migrationserfahrung eingeladen.

Eine zusammenfassende Darstellung des Referats von Michael Fanizadeh (siehe Kapitel 2) und ausgewählte Themen aus dem „Positionspapier zu Migration & Entwicklung“ der „Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit“ (AGEZ) wurden der Diskussion vorangestellt.

Präsentiert wurden jene Themen aus dem Positionspapier, die als besonders wichtig für die Beantwortung der Frage erschienen, wie Migrations- und Integrationspolitik zu gestalten wäre, um damit entwicklungsfördernde Effekte zu erzielen.

DISKURS 3

AUSZUG AUS „POSITIONSPAPIER ZU MIGRATION & ENTWICKLUNG“

Erarbeitet von der AG Migration & Entwicklung in der AGGV, Fassung 3.12.2013

In Bezug auf eine mögliche bzw. gewünschte Migrations- und Integrationspolitik werden im „Positionspapier zu Migration & Entwicklung“ folgende zentrale Feststellungen getroffen:

LEGALE EINWANDERUNG MUSS MÖGLICH SEIN

Das repressive EU-Grenzregime kostet vielen Menschen das Leben. Es muss zugunsten solidarischer und menschenrechtsbasierter Formen des Umgangs sowohl mit Flüchtlingen und anderen MigrantInnen reformiert werden. Bleiben die legalen Einwanderungsmöglichkeiten in die EU, bei gleichzeitig wachsender globaler Ungleichheit, so stark wie bisher eingeschränkt, so sind hauptsächlich „irreguläre“ Wege der Migration möglich, und es steigt der Druck auf die Asylsysteme. „Irregularität“ ist mit vielfältigen Risiken für MigrantInnen und hohen Kosten für ihre Familien im Herkunftsland verbunden. Die Abwanderung unqualifizierter junger Menschen entlastet die Arbeitsmärkte der Entwicklungsländer, jedoch sind die Verdienstmöglichkeiten irregulärer MigrantInnen gering, da sie arbeitsrechtlich ungeschützt und erpressbar sind. Aus entwicklungspolitischer Sicht bedarf es einer deutlichen Ausweitung der derzeit kaum vorhandenen Möglichkeiten zur legalen Einwanderung über gut dotierte „Schlüsselkräfte“ hinaus.

MIGRATION GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

Es bedarf gendersensibler Formen des Migrationsmanagements, um Frauen gleiche Migrationschancen zu gewähren und ihre Rechte zu schützen. Knapp 50% aller MigrantInnen sind Frauen. Sie werden jedoch wenig wahrgenommen; oft nur als Opfer von Frauenhandel. Migration kann für Frauen emanzi-

patorisches Potenzial haben, aber auch zur Abwertung ihres Status oder zur Zementierung von Geschlechterrollen beitragen. In weiblich geprägten Arbeitsmarktsegmenten herrschen oft überaus prekäre Arbeitsverhältnisse vor. Es bedarf legaler Möglichkeiten zur Migration sowie der Stärkung der Arbeitsrechte von Migrantinnen, um zu einer Verbesserung ihres sozioökonomischen Status beizutragen.

ZIRKULÄRE MIGRATION FÖRDERN

„Zirkuläre Migration“ beinhaltet für Migrantinnen die Möglichkeit, mehrfach aus- und einreisen zu können, unter Beachtung ihrer Menschenrechte durch die Herkunfts- und Aufnahmeländer: „Während des Aufenthaltes im Aufnahmeland erwerben die Migrantinnen Erfahrung und Qualifikationen, die sie bei der Rückkehr zugunsten des Herkunftslandes einsetzen.“ Dadurch könnten reguläre Formen gefördert werden, die wegen des damit verbundenen Wissenstransfers (in beide Richtungen) als besonders entwicklungsfördernd zu betrachten sind. Weniger rigide Voraussetzungen bei der Aufenthaltsverfestigung, Vereinfachungen beim Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft (u. a. Abkoppelung vom Einkommen, Beachtung der Verhältnismäßigkeit des Aufwands zur Beschaffung von Dokumenten), ebenso wie die Ermöglichung von Doppelstaatsbürgerschaften, wären ein einfacher Weg, um selbstbestimmte Formen zirkulärer Migration zu unterstützen.

SOZIALE RECHTE VON MIGRANTINNEN STÄRKEN

Je besser die Menschenrechte von MigrantInnen geschützt und gestärkt werden, umso besser sind

ihre Möglichkeiten, sich vor Ausbeutung, Gewalt und Rassismus zu schützen und ein höheres Einkommen zu erwirtschaften. Davon profitieren direkt auch die Familienangehörigen von MigrantInnen in den Herkunftsländern. Wir fordern zudem den uneingeschränkten Zugang von AsylwerberInnen und anderen (teilweise) vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen MigrantInnen nach sechs Monat Aufenthalt in Österreich.

QUALIFIKATIONEN VON MIGRANTINNEN ANERKENNEN

Erleichterungen bei der Anerkennung der vielfältigen Qualifikationen von MigrantInnen und ein gutes Angebot an Ergänzungskursen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen wären ein wirksamer Weg, um EinwandererInnen den Zugang zu besser bezahlten Berufen zu erleichtern. Der De-Qualifizierung, wie sie z.B. Frauen im Bereich der Arbeit in Privathaushalten oder als Sexarbeiterinnen erleben, sollte durch den Zugang zu Fortbildung und der Möglichkeit zum Berufswechsel, ohne den Aufenthaltsstatus zu verlieren, entgegen gearbeitet werden.

POLITISCHE MITSPRACHE ERMÖGLICHEN

Um der Realität der europäischen Staaten Rechnung zu tragen, dass sie Zielländer von Einwanderung sind, müssen MigrantInnen sehr viel rascher als derzeit das Wahlrecht erhalten. Es ist menschenrechtswidrig, große Bevölkerungsgruppen dauerhaft von der politischen Mitbestimmung auszuschließen. Mitbestimmung und damit Mitgestaltung der Gesellschaft muss nach einigen Jahren Aufenthalt im Zielland möglich sein (auch dafür wäre die Ermöglichung von Doppelstaatsbürgerschaften eine einfache Lösung), und sie darf nicht – wie derzeit in Österreich – an ein Mindesteinkommen gekoppelt sein. Sofern ehrenamtliches Engagement

ein Kriterium für einen schnelleren Zugang zur Staatsbürgerschaft ist, braucht es auch eine Anerkennung des Engagements von MigrantInnen in den Diaspora-Organisationen, die im entwicklungspolitischen sowie im Integrationsbereich tätig sind.

Aufenthalt aus humanitären Gründen gewähren!

Die Möglichkeit, Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen zu gewähren, muss besser genutzt und gegebenenfalls ausgebaut werden, etwa für Opfer des Frauenhandels oder für abgelehnte AsylwerberInnen mit Integrationsperspektive.

FREIWILLIGE RÜCKKEHR

Unter dem Titel „freiwillige Rückkehr“ wird zu meist die Rückkehr von Flüchtlingen unterstützt, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Obwohl es sich dabei um „Freiwilligkeit“ ohne wirkliche Wahlfreiheit handelt, erscheint es grundsätzlich sinnvoll, RückkehrerInnen in ihren Herkunftsländern darin zu unterstützen, sich eine neue Existenzgrundlage aufzubauen. Dabei sollte möglichst an bereits existierende Entwicklungsprogramme angeknüpft werden, um Erfahrungen zu nutzen und Synergien zu schaffen.

DISKUSSIONSBEITRÄGE ZU THINK GLOBAL – ACT LOCAL

Entwicklungszusammenarbeit Migration im Kontext lokaler Integrationsarbeit – Sichtweisen, diskutierte Aspekte im Kontext kommunaler Arbeit

Entwicklungspolitische Arbeit am Beginn der Berufskarriere war für einige der Diskussions TeilnehmerInnen ein sensibilisierungs- bzw. bewusstseinsbildender Faktor, der in gewisser Weise offen für das Thema Vielfalt gemacht hat. Die Erfahrung, dass Aufenthalte in den Ländern des Südens oftmals zu einem entwicklungspolitischen Engagement nach der Rückkehr in die Heimat geführt haben, wird insbesondere von den ExpertInnen aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit bestätigt.

Erfahrungen im beruflichen Kontext der DiskussionsteilnehmerInnen zeigen, dass Erlebnisse in den Ländern des Südens – die manchmal mit einer gewissen „sozialromantischen Vorstellung“ einhergehen und oft unreflektiert bleiben, zu einer Position führen, die den Hilfs-Aspekt ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit stellt. Eine solche Einstellung stellt sich im lokalen und nationalen Kontext der Integrationsarbeit dann oft als hinderlich heraus, besonders dann, wenn im kommunalen Alltag Konfliktbewältigungs-Themen im Vordergrund stehen.

Ein positiv konnotierter, oft etwas exotischer Blick auf Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, der in vielen Teilen der Bevölkerung vorherrscht, erfährt im Migrationskontext oft eine radikale Haltungsänderung. Migration wirkt, wenn diese „exotischen Anderen“ näher kommen und hier doch etwas in unserem Lebensalltag verändern, auf einmal bedrohlich.

Ein weiterer, als sehr wichtig erachteter Aspekt in Verbindung mit einer Haltung, die Hilfe noch immer als zentrales Thema von Entwicklungszusammenarbeit versteht, ist die Tatsache, dass das so wichtige Thema der Verteilungsgerechtigkeit damit ausgeblendet wird. In der Integrationsarbeit ist Entwicklungszu-

sammenarbeit im Kontakt mit MigrantInnen – das sind die Erfahrungen einiger ExpertInnen aus der Integrationsarbeit – selten bis nie ein Thema. Die schwierig zu meisternden Herausforderungen eines Etablierungsprozesses im Aufnahmeland, die insbesondere im Niedriglohnsegment am Arbeitsmarkt mit Verdrängungsprozessen durch neue Zuwanderergruppen einhergehen, führen oft auch zu einer restriktiven Haltung in Bezug auf die österreichische Zuwanderungspolitik seitens der MigrantInnen.

Migration bzw. Auswirkungen von Migration auf einzelne Personen/MigrantInnen bedürfen eines differenzierten Blicks. Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit in den Herkunftsländern hat natürlich Auswirkung darauf, mit welchen Personengruppen sie hier in Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Arbeit treten müssen. Die oft schwierige ökonomische Situation emigrierter Personen hat natürlich Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten eines aktiven Rückbezugs von MigrantInnen bzw. Diasporagruppen.

UNTERSCHIEDLICHE BEDEUTUNG VON MOBILITÄT

Diskutiert wurde auch die unterschiedliche Wertigkeit, die dem Thema Mobilität zugeschrieben wird. Diese wird eher positiv bzw. eher negativ bewertet, je nachdem, welcher Schicht bzw. welchem Milieu Personen angehören. Mobilität zum Beispiel wird in der „Oberschicht“ als etwas ganz Normales, Positives gesehen. Als „Global Citizen“ zu gelten hat durchaus positive Wirkung auf Berufskarrieren, so gesehen ist im Europäischen Raum diese Form von anerkannter, positiv konnotierter Mobilität ein Elitenprojekt.

Der Denkansatz bzw. die Sichtweise „die Entwicklungszusammenarbeit verhindert Migration bzw. hilft die Notwendigkeit von Migration zu lindern, wird von den TeilnehmerInnen als problematisch angesehen. Grundsätzlich wird eine Situation, in der Menschen nicht migrieren müssen, natürlich positiv bewertet. Die Tatsache jedoch, dass Migration bei manchen Menschen als Bereicherung ihrer Weltläufigkeit betrachtet wird, bei Andern jedoch die Verhinderung ihres Migrationsvorhabens im Mittelpunkt der Diskussion steht, macht in diesem Zusammenhang eine Diskussion über Armut und Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit notwendig (Beispiele: Bettlerdiskurse in österreichischen Städten und ein diesbezüglich spürbarer Antiziganismus).

Die Diskussion um freiwillige, unfreiwillige Migration bzw. Migration aus wirtschaftlichen Gründen blendet oft die Tatsache aus, dass Existenzgrundlagen verloren gehen und damit die Basis für Lebensgrundlagen fehlen. In solchen Fällen kann nicht mehr von Wirtschaftsflüchtlingen gesprochen werden.

Zur Frage, ob solidarische (ökologische oder politische) Unterstützung vor Ort (zum Beispiel in Afrika oder in irgendwelchen Krisenregionen) Migration eindämmen würde, gibt es keine schlüssige Antwort. Was es nach Meinung der DiskussionsteilnehmerInnen jedoch braucht, ist eine Bewusstseinschärfung auf das, was in diesen Regionen politisch wirklich passiert. Über die tatsächlichen Zustände in diesen Regionen gibt es oft viel Halbwissen, das es oft schwer macht – beispielsweise in Afghanistan, die richtige Unterstützung anzubieten. Da bräuchte es eines gemeinsamen europäischen Zugangs, hier müsste man wahrscheinlich hier in Europa näher zusammenrücken und sich gemeinsam überlegen was Sinn macht, seitens einzelner Länder ist hier schwer etwas zu bewirken, so der Tenor in der Diskussion.

Weiters gäbe es hier in den europäischen Ländern genug Möglichkeiten, Solidarität zu üben, sich z.B. für gerechtere Löhne der ArbeiterInnen in

Bangladesch einzusetzen, auch dies würde Migration eindämmen helfen. Dieses Beispiel zeigt aber auch, dass wir weg kommen müssen vom Hilfsgedanken, der in der Entwicklungszusammenarbeit oft noch den Diskurs dominiert (vielerorts wird noch immer von Entwicklungshilfe gesprochen).

Der oft diskutierte Anspruch, im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit den Menschen in den Zielländern dieser Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, ist bei allen Bemühungen ein schwer einlösbarer Anspruch, da die Entscheidung, welche Projekte wie unterstützt werden, immer noch eine hierarchische Entscheidungsstruktur vermuten lassen. Diese Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe wäre am ehesten noch umzusetzen, wenn beide Seiten bzw. alle PartnerInnen aufgrund gemeinsamer Interessen ihre Ziele verfolgen, zum Beispiel wenn man sich hier wie dort für eine vernünftige Lohnpolitik stark machen würde, da die Auswirkungen von Lohndumpings hier wie dort zu spüren sind. Dies würde jedoch eine Repolitisierung der Entwicklungszusammenarbeit bedeuten, die dazu führen muss, dass Macht und Verteilungsfragen nicht ausblendet werden.

Ein Aspekt, der mehr und mehr ins Bewusstsein der EuropäerInnen tritt ist die Tatsache, dass die Wirtschaftskrise in Europa eine Migrationsbewegung von gut qualifizierten Personen in den Süden, wie etwa nach Angola oder Brasilien, auslöst. Dies ist mittlerweile auch als Thema in den Medien angekommen, insbesondere Beispiele von gut ausgebildeten, vor allem jungen Menschen, deren Eltern aus der Türkei eingewandert sind und die aus ökonomischen Gründen in die Türkei auswandern, sind keine Seltenheit mehr.

In der Diskussion über die Fragen von Grenzen von Mobilität und Wandel im Mobilitätsverhalten, die mehr auf die europäischen Länder Bezug genommen hat, wurde das Thema Heimat als emotionale, materielle und kognitive gesellschaft-

liche Fragen von Verortung erörtert. In diesem Zusammenhang wurde auch über ein tendenziell steigendes Interesse an Eigentumserwerb – insbesondere in der türkischen Community – diskutiert, das gelungene Etablierungsprozesse von MigrantInnen erkennen lässt. Diese gelungenen Etablierungsprozesse können auch darauf hindeuten, dass vorhandene Barrieren, die im lokalen Kontext oft mit Macht und Positionierung zu tun haben, auch von MigrantInnen überwunden werden können und das Integration im Sinne einer gemeinsamen Definition von Zukunft auch gelingen kann.

Verortung hat nach Meinung eines teilnehmenden Experten nicht nur eine geographisch Komponente, die Nicht-Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen könnte man als „Jemand nicht ankommen lassen“, als Verhinderung einer Selbstverortung sehen.

CONCLUSIO

AkteurInnen aus dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit und der Integrationsarbeit sind zwar oft gemeinsam aktiv, wenn es um kommunale Themen in Zusammenhang mit der Verbesserung des Zusammenlebens geht, die spezifischen Themen von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit werden in diesem Kontext gemeinsam jedoch wenig diskutiert. In der Arbeit mit MigrantInnen selbst stehen natürlich anstehende Herausforderungen im Mittelpunkt, für eine thematische Hinwendung zu Entwicklungspolitischen Themen scheint kein Platz zu sein.

Um die oft noch sehr von der Hilfsthematik geprägte Sicht auf Entwicklungszusammenarbeit zu verändern und die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung im Kontext kommunaler Arbeit bewusst zu machen, wären es wichtig, diesbezügliche Bildungsschritte sowohl im formalen Bildungsbereich als auch in der Erwachsenenbildung zu setzen.

WIR UND NICHT-WIR

KULTURELLE IDENTITÄTSKONSTRUKTIONEN & GESELLSCHAFTLICHE REPRÄSENTATIONEN

IDEE ZUR THEMENSTELLUNG

Erfahrungen aus der Arbeit im Integrationsbereich bzw. im Gestalten des Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen in Region und Kommune zeigen, insbesondere wenn kulturelle Aktivitäten (Kunst, Kultur und Musik, ...) zu konzipieren und zu gestalten sind, oft unreflektiertes, eher kulturalisierend ausgerichtetes Denken, das zur Produktion von Stereotypen oder Klischees beitragen kann.

In der Diskursveranstaltung wurde deshalb der Frage nachgegangen, wie Ethnisierung bzw. „Kulturalisierung“ (im Sinne von Homogenisierung, in der einer Verabsolutierung bestimmter Kategorien wie z.B. Identität Vorschub geleistet wird) im Kunst- und Kulturbereich thematisiert wird.

In diesen Dialog waren Kulturschaffende, AkteurInnen aus den Bereichen Kunst- und Kultur, Kulturvermittlung sowie aus den Bereichen Integration und Entwicklungspolitik eingebunden.

4 DISKURS

Simonetta Ferfaglia, Verein Gangart, stellte in ihrem Impulsbeitrag die Themen von Migration und Kulturalisierung in einen translokalen und einen ökonomisch bzw. politisch angetriebenen Kontext. Die These ist, dass sich Repräsentationsbildungen um migratorische Phänomene nur über die Zusammenschau der Interessen von am Migrationsprozess Beteiligten erklären lassen, und dass diese zunehmend korporativ und staatenübergreifend bestimmt sind. Mit zwei Beispielen thematisierte sie territoriale Veräußerung und die – missbräuchliche – Aneignung künstlerischer Repräsentationsformen durch die Politik.

Im Rahmen der Diskussion wurde weiters die Figur des „Nomadischen Subjekts“ besprochen, wie es von Rosi Braidotti thematisiert und aufgefasst wird.

The nomadic subject should never be taken as a new universal metaphor for the human condition, but rather as a cartographic tool that helps us com-

pose materialistic mappings of situated, i.e: embedded and embodied, social positions we inhabit in an age of global mobility, hybridity and transformation. Thinking nomadically is a political practice of resistance to the present, which activates the past into producing the hope of change and the energy to actualize sustainable alternatives here and now.

Zur Veranschaulichung präsentierte Simonetta Ferfaglia zwei internationale Beispiele.

Simonetta Ferfaglia, geboren in Triest, lebt und arbeitet in Wien. Nach ihrem Studium auf der Akademie der bildenden Künste (1978-81, Prof. Lois Egg und Prof. Erich Wonder) und Aktivitäten als Bühnenbildnerin in Wien, Triest und Paris, hat Simonetta Ferfaglia Gangart mitbegründet, ein Verein mit Erfahrung in Kunst und Architektur und Aktivitäten in den Bereichen Kuration, Design, Ausstellungsgestaltung und künstlerischer Forschung.

BEISPIEL 1: COSTA BLANCA, MIGRATIONSTRÖME UM INTENSIV-AGRARWIRTSCHAFT UND PENSIONISTINNEN-RESORTS

In der spanischen Region Costa Blanca hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine völlig industrialisierte Landwirtschaft, die im Intensivanbau unter ganze Landstriche bedeckenden Plastikabdeckungen das Gemüse für Europas Supermärkte produziert, die lokalen Agrarstrukturen verdrängt. Damit einher geht eine Arbeitsmigration von Landarbeitern aus Nordafrika auf Niedrigstlohn-Basis. Gleichzeitig hat ein massiver Raumaneignungsprozess durch den „Turismo residencial“ stattgefunden, der Dörfer auf ein vielfaches ihrer Größe anschwellen ließ, um Wohnraum für ZuwanderInnen – oft PensionistInnen – aus den „reichen“ EU-Staaten wie Deutschland, Holland und England herzustellen (Turismo geriátrico). Dem Aufeinanderprallen dieser sehr unterschiedlichen Gruppen und der ansässigen Bevölkerung wurde jedoch mit kei-



nerlei strukturellen Maßnahmen begegnet. Das Ziel künstlerischer Interventionen in der Region und eines Ausstellungs- und Diskursprojekts in Madrid war die Sichtbarmachung der Situation



in den dortigen lokalen Communities, deren Rahmenbedingungen stark geprägt sind von den ökonomischen Interessen lokaler Politik (Autonomie der Gemeinden in der Flächenwidmung). Gleichzeitig hat durch diese Aktivitäten eine Vernetzung und eine Art Empowerment der engagierten Communities vor Ort stattgefunden, die sich aus vielen „Nicht-ansässigen“ und einem hohen Anteil von MigrantInnen zusammensetzen, welche sich mit völlig anderen Vorstellungen in der Region angesiedelt hatten, als sie sie jetzt vorfinden.

Nähere Informationen:

- »» <http://www.supervisionparadise.net>
- »» http://elpais.com/diario/2008/11/08/sociedad/1226098808_850215.html
- »» http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/058_irene_lucas.pdf
- »» <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41926419.html>
- »» http://www.interbrigadas.org/de/report_landwirtschaft_ausbeutung_und_widerstand_im_plastikmeer_von_almeria.htm

DISKUSSIONSBEITRÄGE

Das Beispiel lieferte Anregungen für einen intensiven Diskurs. Dabei rückten folgende Fragestellungen in den Mittelpunkt:

- Wo gehen künstlerische Interventionen in Politik über?
- Was kann Kulturarbeit, was andere Ansätze nicht können?
- Was bleibt von künstlerischen Interventionen und wie nachhaltig sind diese?

Nachstehend wurden jene Diskussionsbeiträge zusammengefasst, die einen klaren Bezug zu den Themen des Diskurses aufweisen.

WIR – UND NICHT-WIR

- „Wir – und die Anderen“ ist eine Konstruktion, in der sich rassistische Verhältnisse bzw. Haltungen widerspiegeln. Die Auflösung dieser Dipolarität erfordert es, Kontrolle abzugeben und Machtverhältnisse reflektorisch zu bearbeiten. Kunst kann dabei dekonstruierend wirken, in dem sie mithilft, diese Dipolarität reflektierend zu hinterfragen.
- Mit der Einführung von Begriffen wie Interkulturalität und Transkulturalität konstruiert man in gewisser Weise diese beiden Pole „Wir und Nicht-Wir“. Es stellt sich die Frage, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt, das zu unterbinden. Diese Differenzierung – so die Meinung der TeilnehmerInnen – ist nicht aus der Welt zu schaffen. Deshalb ist die Herstellung von Transparenz und ein reflexiver Umgang mit dem Konstrukt WIR wichtig, um die dahinterliegenden Interessen zu erkennen bzw. offenzulegen.
- Die Zuschreibung WIR bzw. DIE ANDEREN ist eine temporär getroffene Vereinbarung, die sich genau genommen ständig ändert, ist also eine Art „Hybridmodell“. Im Zusammentreffen bzw. in der Arbeit mit Jugendlichen aus Familien mit Migrationserfahrung wird oft spürbar, dass dieses „wir MigrantInnen“ (z.B. mit Aussagen wie „WIR TürkInnen, WIR MigrantInnen werden es nicht

schaffen, KünstlerInnen zu werden, RegisseurInnen zu werden usw.“) auch mit Sozialisation in der Gruppe zu tun hat. Es stellt quasi eine Analyse ihrer Realität dar (MigrantInnen als marginalisierte Gruppe, die unter bestimmten Bedingungen arbeiten müssen), über die dann verhandelt, diskutiert werden kann. Dieses WIR beinhaltet viele sozial ökonomische Aspekte, die grundsätzlich nichts mit Migration zu tun haben müssen. Von Jugendlichen aus der Wiener Internationalen Schule, deren Eltern auch emigriert sind, wird man den Ausspruch „wir werden das nie schaffen“ wohl kaum zu hören bekommen!

- Für Individuen kann eine offensive Selbstzuschreibung „Ich MigrantIn“ ermöglichen, die damit offengelegte Differenz zu bearbeiten, handlungsfähig zu bleiben und Selbstermächtigung zu erlangen. Daneben existiert ein WIR, das stark von Fremdzuschreibung bestimmt ist, das mit der eigenen Identität nichts zu tun hat, Ab- bzw. Ausgrenzungen thematisiert und vor allem in der politischen Diskussion anzutreffen ist. Diese Fremdzuschreibung führt dazu, dass man in der österreichischen Gesellschaft - trotz guter Bildung und einigermaßen guten ökonomischen Verhältnissen – einem ständigen Rechtfertigungsdruck unterliegt, der in gewisser Weise „klein“ macht.

(KULTURELLE) IDENTITÄT

- Der Identitätsbegriff ist oft geprägt von der Herkunft einer Person, dieser Umstand unterstützt Kulturalisierungstendenzen von Personen und Gruppen. Der Blick auf gemeinsame Interessen könnte helfen, dieses starre Konstrukt (Herkunft ist nicht veränderbar und somit gut geeignet etwas festzuschreiben, festzumachen) etwas aufzulösen, auch deshalb, weil Interessen etwas temporäres sein können. Das wäre eine mittelfristige Lösung, dem Dilemma zu entkommen, immer wieder in die gleiche Kiste (zurück) gesteckt zu werden.

- Wir leben mit vielen Widersprüchen. Erfahrungen zeigen, dass das Leben mit multiplen Identitäten für viele MigrantInnen und nicht MigrantInnen eine große Herausforderung darstellt. Entfremdungen von den Gruppen, zu denen man sich zugehörig fühlt, sind sowohl bei MigrantInnen als auch bei Nicht-MigrantInnen Thema und geht oft mit einem Verlust an Sicherheit einher. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff Nomade diskutiert, der oder die sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Gruppe, Community seinen/ihren Platz gefunden hat und deshalb in der Lage ist, „Übersetzungsarbeiten“ zwischen den von einem Teilnehmer als „Bubbles“ bezeichneten gesellschaftlichen Gruppen, die wenig bis gar nichts miteinander zu tun haben (wollen), zu leisten.
- Diese nicht Verbundenheit von „Welten“ (sogenannte Bubbles), abhängig von verschiedenen Identitäten und Rollen, die eine Person in verschiedenen Phasen seines/ihrer Lebens wahrnimmt, ist eine generelle Erscheinung und hat nichts mit der Differenz MigrantIn und Nicht-MigrantIn zu tun. Hier muss man also aufpassen, dass kulturelle Differenz nicht mit migrationsgesellschaftlicher Differenz gleichgesetzt wird.
- Das Ausleben von verschiedenen Identitäten hat dort ihre Grenzen, wo man auf das Identitätsmerkmal einer Person fixiert bleibt, obwohl diese Person in ihrer Selbstzuschreibung mit ihren verschiedenen Identitäten verschiedene Rollen im gesellschaftlichen Leben einnimmt. In meinem Arbeitsalltag habe ich die Identität als Sozialarbeiterin - so eine Teilnehmerin, dann fahre ich auf die Akademie und bin plötzlich Künstlerin. Diese Freiheit, verschiedene Identitäten unhinterfragt anzunehmen, haben nicht alle. Wenn eine Frau mit Kopftuch an denselben Orten agiert, ist sie immer auch noch und in erster Linie eine muslimische Frau mit Kopftuch. Nicht jede Person hat also die gleichen Freiheiten, Identitäten unhinterfragt zu leben.

SOLIDARITÄT

Der Begriff Solidarität beinhaltet eine Differenzierung von „Wir – und Nicht-Wir“, solidarisch ist man mit jemand anderem. Im solidarischen Verhalten gibt es jedoch keine hierarchische festgelegte, über Macht definierte Differenz. Festgestellte Differenz ist also nur dann problematisch, wenn Hierarchie und Machtverhältnisse mit eine Rolle spielen. Solidarität bedingt ein Aufbrechen eines hierarchisch geprägten „Wir und Nicht Wir“.

BEISPIEL 2: L'AQUILA, G8-GIPFEL IN L'AQUILA, STADTINSZENIERUNG NACH DEM ERDBEBEN 2009

2009 wurde das Treffen der Regierungschefs der acht Industriegroßmächte in Italien durchgeführt. Auf Maddalena vor Sardinien waren umfangreiche Baumaßnahmen getroffen worden, um einen repräsentativen und den Sicherheitsanforderungen entsprechenden Tagungsort zu errichten. Das Projekt bedeutete einen beträchtlichen Eingriff in die Substanz der Insel, inklusive der punktuellen Absiedelungen von ansässigen Aktivitäten und Bevölkerung. Planer war der als kritisch geltende Architekt Stefano Boeri.

Als ein schweres Erdbeben Anfang April die historische Stadt L'Aquila zerstörte, bei dem über 300 Menschen ums Leben kamen und der Stadtkern nachhaltig evakuiert werden musste, entschied sich der damalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi kurzfristig, den Standort auf Maddalena zu verwerfen und das Gipfeltreffen nach L'Aquila zu verlegen. Die Idee dazu war mit Architekt und Bühnenbildner Mario Catalano entwickelt worden, der seit Jahren die großen öffentlichen Auftritte Berlusconis designt hatte.

Die Bilder der hemdsärmelig durch die Trümmer schreitenden, von Rettungsmannschaften begleiteten Staatschefs gingen durch die Weltpresse.

REPRÄSENTATION, TEILHABE

Dialog kann es nur dort geben, wo auch gleiche Machtverhältnisse herrschen. (Nur dann, wenn dialogisch angelegte Prozesse ergebnisoffen sind, kann von wirklicher, ernstgemeinter Partizipation gesprochen werden.)

Während die zerstörte Stadt als Kulisse für die Inszenierung einer tatkräftigen Politikerklasse erhalten musste, wurde den Einwohnern der Zugang zu ihrem Eigentum verwehrt – ein Zustand, der mangels Bereitstellung von Mitteln für die Instandsetzung der Stadt auch nach Beendigung des Gipfels anhielt.



Es waren wiederum kritische Projekte, die zum Teil noch während des Gipfels eine Mobilisierung der betroffenen Bevölkerung in Angriff nahmen: auf künstlerischer und medialer Ebene realisierte die Regisseurin und Schauspielerin Sabina Guzzanti ein einschlägiges Projekt, den ironischen



Dokumentar-Kinofilm „Draquila“, der international gezeigt wurde, in dem sie ein sehr breites Publikum auf die Missstände rund um dieses Gipfeltreffen aufmerksam machte.

Nähere Informationen:

- »» <http://diepresse.com/home/panorama/welt/490798/Italiens-G8Gipfel-im-Schutt-von-Laquila>
- »» <http://www.theguardian.com/commentisfree/libertycentral/2010/may/19/draquila-silvio-berlusconi-film-cannes>
- »» <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/die-beschissene-diktatur>

DISKUSSIONSBEITRÄGE

Im Zuge der Befassung mit diesem Beispiel wurden folgende Themen diskutiert:

KULTURALISIERUNG

- Am Beispiel der Stadt L’Aquila ist gut zu sehen, dass der Kulturalisierungsprozess in dem Moment passiert, wo das G8 Treffen inszeniert wird bzw. stattfindet, es wird also diese Situation benützt, um Gruppen von Menschen bestimmte Attribute

und Identitäten zuzuschreiben. Diese Form der Kulturalisierung - das ist hier gut ersichtlich, wird durch Machtausübung produziert und verringert – wie das auch in der Stadt L’Aquila passiert ist, die Handlungsmöglichkeiten der kulturalisierten Gruppe.

- Durch erzwungene Migration, deren Ursache immer veränderte Rahmenbedingungen im jeweiligen Umfeld der MigrantInnen sind, werden diese aus ihrem normalen Alltagsleben herausgerissen und am jeweiligen Ankunftsort mit bestimmten Zuschreibungen konfrontiert, also kulturalisiert. Das Potential von Kunst kann auch sein, diese Zuschreibungen aufzubrechen und Alternativen aufzuzeigen bzw. die BetrachterInnen von Kunstwerken anzuregen, bisherige eingespielte Verhaltens- und Sichtweisen zu verändern.
- Kulturalisierung kann man auch als Vorgang, als eine Situation verstehen, in der Menschen bzw. Gruppen von Menschen (z. B. Minderheiten) Ressourcen vorenthalten werden, die ihnen ermöglichen würde, ihre Situation in einer gewünschten Weise zu verändern, wie zum Beispiel Randgruppen einer Gesellschaft, Regionen an der Peripherie, etc.
- Ein Aspekt, den man auch mit dem Begriff Kulturalisierung in Beziehung bringen kann, ist diese Klassifizierung der MigrantInnen in weniger und gut qualifizierte Menschen, denen neben dem Ausbildungslevel auch gleich andere Attribute zugeschrieben werden. Auch diese Zuschreibungen haben nichts mit migrationsgesellschaftlicher Differenz zu tun.
- Um der Kulturalisierungsfalle als Migrantin zu entkommen – so eine Teilnehmerin, war es für mich wichtig, biographische Themen in meiner künstlerischen Arbeit zu thematisieren. Das Potential von Kunst ist es auch, Zuschreibungen aufzubrechen und Alternativen aufzuzeigen bzw. den/die

BetrachterIn von Kunstwerken anzuregen, bisherige eingespielte Verhaltensweisen zu reflektieren und zu verändern.

- In medial geführten politischen Auseinandersetzungen ist Kulturalisierung ein oft anzutreffender Tatbestand, man denke nur an Wahlslogans wie „Wien darf nicht Chicago werden“. Kulturalisierung und Rassismus liegen hier nah beieinander.

EMPOWERMENT

Empowerment passiert sehr selten in der Form ökonomischer Zuwendung. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit wird Empowerment jedoch oft über diese ökonomische Zuwendung definiert.

ANMERKUNGEN ZUR DISKUSSION / CONCLUSIO

Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass auf Grund der diskutierten Beispiele und möglicherweise auch auf Grund der unterschiedlichen professionellen Zugänge der TeilnehmerInnen zum Thema Kunst, Kunstproduktion und Aktionsformen in der Kunst bzw. zu Kulturarbeit eine Reihe weiterer Themen diskutiert wurden, die in der zusammenfassenden Darstellung der thematischen Beiträge nicht angeführt wurden, da diese weit über die eigentliche Themenstellung hinausreichen. So wurden z.B. in Bezug auf die zum Zeitpunkt der Diskussion aktuellen Geschehnisse im Gezi-Park (Istanbul/Türkei) Fragen diskutiert, ob neue Inhalte auch neue Aktionsformen erfordern bzw. ob neue Aktionsformen neue Inhalte besser zu Bewusstsein bringen.

Am Beispiel der künstlerischen Interventionen in der Region Costa Blanca wurde diskutiert, wo

Kunst in Politik aufgeht und umgekehrt oder was Kulturarbeit zu leisten vermag, was andere Ansätze nicht können (Empowerment bzw. sichtbar machen gesellschaftlicher Missstände).

Am Beispiel von L'Aquila ist auch das starke Machtgefälle sichtbar geworden, das mediale Inszenierungen hervorbringen können (und dem schwer etwas ebenso Machtvolles entgegenzusetzen ist). Deshalb wären Witz und Ironie wichtige Elemente künstlerischer Aktionen. Kunstproduktion muss auch etwas Subversives haben, um sich Räume zu erobern – im wörtlichen und ideologischen Sinn.

In Bezug auf das Thema Identitätskonstruktion/ Repräsentation ging es in der Diskussion um Begriffe bzw. theoretische Konzepte (zu Themen wie Interkulturalität, Diversität, Kultur) und um individuelle Erfahrungen im jeweiligen Arbeitsfeld.

Quellen Fotos

- >>> <http://www.amusingplanet.com>
- >>> <http://www.micazu.de>
- >>> <http://www.g8italia2009.it>

EXPERTINNEN FOLGENDER ORGANISATION WAREN IN DEN VIER VERANSTALTUNGEN INVOLVIERT

Afro Asiatisches Institut Wien

Beratungs- und Forschungsbüro – think.difference

Büro Suk

Gangart

Gemeinderat Wiener Neustadt

Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung (KommEnt)

Help for Ghana

Interkulturelles Zentrum

Kulturkontakt Austria

Liga für emanzipatorische Entwicklungszusammenarbeit

Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung

Paulo Freire Zentrum

Soho Ottakring

Südwind Niederösterreich Süd

trafo.K

Verein Unsere Erde eine Familie

Vielfalt und Zusammenleben – Referat der MA7-Wiener Neustadt

Vienna Institute for International Dialog and Cooperation (VIDC)

Werkstätten- und Kulturhaus (WUK)

Zentrum für MigrantInnen Oberösterreich (Migrare)

Zentrum für Migration in Tirol (ZEMIT)

Zentrum für Sozial- und Integrationsprojekte (CESIP)

ExpertInnen ohne institutionellen Background

PädagogInnen

